



FINANZBERICHT
JAHRESABSCHLUSS NACH HGB



2016

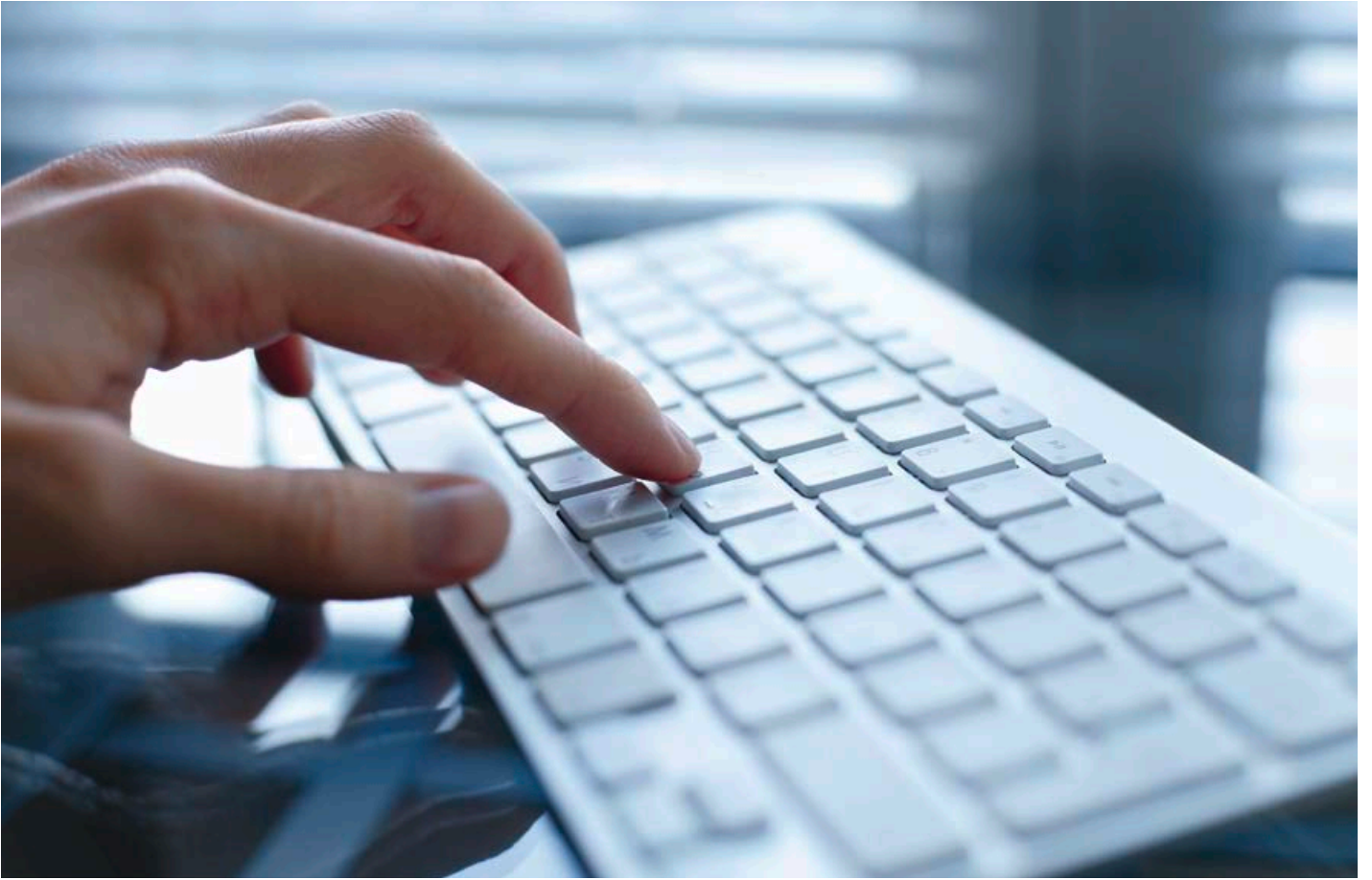
Landesbank Saar (SaarLB)

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

Inhalt

HGB-LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016.....	7
Übersicht	7
Die SaarLB.....	7
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzsektor	12
Geschäftsverlauf	14
Ertragslage.....	15
Finanzlage	19
Vermögenslage.....	22
Risikobericht	23
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung.....	23
Liquiditätsrisiko	38
Operationelles Risiko	42
Immobilienrisiko.....	46
Reputationsrisiko	47
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	48
Zusammenfassung der Risikolage	48
Prognose- und Chancenbericht.....	49
Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen	49
Prognose zur Ertragslage der Bank	51
Prognose zur Entwicklung der Geschäftssegmente	52
Erwartete Kapital- und Risikopositionen.....	53
Prognose und Chancen aus regulatorischen Verfahren	53
Gesamtaussage zum Jahresabschluss.....	55
JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB	56
Bilanz zum 31.12.2016 der Landesbank Saar	56
Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar	
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016.....	62
Eigenkapitalspiegel	65
Kapitalflussrechnung	66
Anhang.....	69
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	69
(1) Grundlagen	69
(2) Währungsumrechnung.....	69
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	69
Angaben zur Bilanz	72
(4) Allgemeines	72
(5) Aktiva	73
(6) Passiva	77
(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten.....	79
(8) Latente Steuern	80
(9) Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	80

Sonstige Angaben	81
(10) Gewinnverwendung	81
(11) Nachtragsbericht.....	81
(12) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind.....	81
(13) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	82
(14) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften	83
(15) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen.....	85
(16) Zahl der Beschäftigten.....	85
(17) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	86
(18) Honorar für den Abschlussprüfer	86
(19) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen.....	86
(20) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	86
Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommalkreditgeschäft	87
(21) Weitergeführter Altbestand nach § 51 PfandBG	87
(22) Neubestand.....	88
(23) Anteilsbesitz.....	93
(24) Verwaltungsorgane der SaarLB.....	94
(25) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	96
(26) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien	97
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	98
ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS	99
Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG	99
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.....	100
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	101
GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS	102
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	103



HGB-Lagebericht der SaarLB für das Geschäftsjahr 2016

ÜBERSICHT

DIE SAARLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Die Geschäftsfelder der SaarLB umfassen im Wesentlichen die Schwerpunkte Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Projektfinanzierungen, insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien („EE“), Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen), von Privatkunden (u. a. Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zielmärkte sind das Saarland, die angrenzenden Regionen in Südwestdeutschland sowie Frankreich und Luxemburg. Für einzelne Geschäftsaktivitäten können Abweichungen bzw. Ergänzungen bezüglich des definierten Zielmarktes gelten.

Die SaarLB verfügt auf der Grundlage ihres Geschäftsmodells als deutsch-französische Regionalbank über segmentspezifische Zielkundengruppen. Die Kriterien für Zielkunden und Zielgeschäft werden in Teilstrategien auf Ebene der Geschäftsaktivitäten definiert.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite. Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hoch spezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt und fördert u. a. die regionale Wissenschaft und Forschung sowie kulturelle Angebote. Dies kommt auch durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarländermuseum zum Ausdruck.

Für das französische Geschäft bestanden bis 31.07.2016 neben einer Niederlassung in Metz auch Vertriebsbüros in Straßburg und Paris. Der Sitz der Zweigniederlassung, die unter dem Namen SaarLB France firmiert, wurde ab 01.08.2016 nach Straßburg verlegt und gleichzeitig wurden die Räumlichkeiten in Metz aufgegeben.

Im Berichtsjahr wurde vom Vorstand das Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020 mit externer Begleitung beschlossen und initiiert. Dieses Projekt hat die langfristige Sicherstellung der Ertragskraft der Bank im Fokus. Die Bedienung der Dividendenerwartung sowie eine auch unter steigenden aufsichtsrechtlichen Auflagen ausreichende Gewinnthesaurierung zur Stabilisierung der Kapitalstruktur sind die wesentlichen Rahmenbedingungen des Projektes.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2015 ergaben sich keine Änderungen. Die Geschäftstätigkeit umfasst weiterhin die folgenden 7 Segmente:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf die Region Grand Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Straßburg vertreten ist.

Im Segment Firmenkunden werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Ein wichtiges Geschäftsfeld in Frankreich ist darüber hinaus die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen).

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d’Affaires Paris erfolgt, stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP)-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main und in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich PPP auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei werden Kunden auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie auf der französischen Seite landesweit betreut. Offshorewindparks finanziert die Bank nicht.

Private und Institutionelle

In dem Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung zusammen mit der Verbundbank. Im Geschäftsfeld Vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Die Kommunalbank wurde im Jahr 2015 als Segment neu etabliert. Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im deutschen Zielmarkt der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen durch die SaarLB ist, dass diese eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Das Segment der Verbundbank wurde – ebenso wie die Kommunalbank – im Jahr 2015 neu aufgebaut. Im Segment Verbundbank enthalten sind die saarländischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen sowie das bis dahin eigenständige Segment LBS. Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und fungiert als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen als primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank Konsortialfinanzierungen, Syndizierungen und Eigenanlagen sowie andererseits eine Ergänzung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen.

Die Landesbausparkasse Saar (LBS), eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien wie beispielsweise Fotovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Steuerungssystem der Bank

Seit Jahresende 2016 stellt die SaarLB keinen Konzernabschluss nach IFRS, sondern nur noch einen Jahresabschluss nach HGB auf. Dementsprechend wurden auch die Steuerungskennzahlen der Bank zum Jahresende auf HGB-Zielgrößen angepasst, die unterjährige Steuerung erfolgte jedoch noch nach IFRS. Die Grunddefinition der Steuerungskennzahlen wurde beibehalten. Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgte – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

Steuerungsgröße	Neue Definition (HGB)	Bisherige Definition (IFRS)
Return on Equity (RoE)	Ergebnis vor Steuern (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals und vor Zuführung zu den Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)	IFRS-Ergebnis vor Steuern (ohne Berücksichtigung der Zinsaufwendungen für stille Einlagen) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)
Cost Income Ratio (CIR)	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der Bruttoerträge. Die Bruttoerträge sind definiert als die Summe aus dem Zinsüberschuss (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals), dem Provisionsüberschuss, dem Nettoergebnis des Handelsbestandes zzgl. des sonstigen betrieblichen Ergebnisses	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der ordentlichen Erträge (jeweils IFRS), bestehend aus Zinsüberschuss ohne Zinsaufwand für stille Einlagen, Provisionsüberschuss und dem Handelsergebnis, dem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und laufenden Erträgen aus Beteiligungen sowie dem sonstigen ordentlichen Ergebnis
RWA-Rentabilität	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

Aufgrund des Wegfalls des IFRS-Abschlusses werden im Abschnitt Ertragslage neben den HGB-Steuerungskennzahlen letztmals informativ auch die IFRS-Steuerungskennzahlen ausgewiesen. Zur Vergleichbarkeit erfolgte eine entsprechende Anpassung der Vorjahreszahlen. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden zur Steuerung in der SaarLB nicht eingesetzt.

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

In **Deutschland** legte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016 preis-, saison-, und kalenderbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu. Somit hat sich die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal 2016 etwas verhaltener entwickelt als im starken ersten (BIP-Wachstum 0,7 %) und soliden zweiten Quartal (0,4 %). Getragen wurde das Wachstum überwiegend vom inländischen Konsum. Sowohl die privaten (+0,4 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+1,0 %) haben sich positiv entwickelt, wohingegen die Anlageinvestitionen stagniert haben. Auch die außenwirtschaftliche Entwicklung hat das Wachstum gebremst: Durch geringfügig angestiegene Importe hat der Außenbeitrag einen negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt (-0,3 Prozentpunkte). Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit 43,7 Millionen um 0,9 % über dem Vorjahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung konnte im dritten Quartal in allen Wirtschaftsbereichen gesteigert werden. Der stärkste Anstieg konnte mit +2,9 % im Bereich Information und Kommunikation erzielt werden, gefolgt von den Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+2,5 %) und dem Baugewerbe (+2,4 %).

Im vierten Quartal 2016 hat sich die Entwicklung deutlich belebt. Unterstützend wirkten sich die soliden Produktions- und Umsatzzahlen der Industrie aus. Auch die Bautätigkeit hat sich in den letzten Monaten des Jahres belebt. Darüber hinaus zeigt sich die stark binnenwirtschaftlich getriebene Konjunktur stabil. Im Dreimonatsvergleich sind die Einfuhren mit 3,2 % stärker gestiegen als die Ausfuhren mit 2,2 %, sodass insgesamt vom Außenhandel leicht dämpfende Impulse ausgingen. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich erfreulich, die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu. Im November 2016 lag sie mit 43,8 Mio. Personen 0,7 % über dem Vorjahresniveau. Der Ausblick am Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv, da die Frühindikatoren auf eine hohe Nachfrage hindeuten.

Insgesamt betrachtet ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 preisbereinigt um 1,9 % gewachsen und ist damit etwas stärker gestiegen, als wir es noch zum Halbjahr erwartet haben. Die Entwicklung wurde rechnerisch im Wesentlichen von der Binnennachfrage getragen. Wachstumstreiber waren vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben sowie die Bauinvestitionen. Durch die starke Binnennachfrage nahmen die Importe stärker zu als die Exporte, der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war somit leicht negativ.

Im Saarland wird für das Gesamtjahr ein Wachstum von 1 % erwartet, vor allem die Industrie musste Rückgänge bei den Auftragseingängen, den Umsätzen und der Produktion hinnehmen. In Rheinland-Pfalz betrug das Wachstum im ersten Halbjahr 2,2 %; durch einen Rückgang im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe blieb das dritte Quartal 2016 mit 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zurück.

Windenergie, ein Finanzierungsschwerpunkt der SaarLB, hat mittlerweile einen Anteil von rund 12 % an der deutschen Stromerzeugung. Mit dem Inkrafttreten der neuen Version des Gesetzes für den Ausbau Erneuerbarer Energien (EEG) am 01.01.2017 wurde zum einen der bislang gewährte Anspruch auf staatlich festgelegte Vergütungssätze abgeschafft und zum anderen die Ermittlung der Vergütungshöhe für neue Windenergieanlagen auf wettbewerbliche Ausschreibungen umgestellt. Der in Erneuerbare-Energien-Anlagen erzeugte Strom wird grundsätzlich nur noch dann vergütet, wenn die Betreiber dieser Anlagen erfolgreich an einer Ausschreibung teilgenommen haben.

Frankreich

Das französische Statistikinstitut Insee hat Ende Januar 2017 die vorläufigen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in **Frankreich** im vierten Quartal 2016 veröffentlicht. Demnach konnte in den letzten drei Monaten des Jahres 2016 das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 % zulegen, was eine Steigerung gegenüber dem dritten Quartal bedeutet (0,2 %). Für das Gesamtjahr 2016 lag das Wachstum bei 1,1 % (2015 zum Vergleich: 1,2 %). Das Wachstum des vierten Quartals wurde getragen von den privaten Konsumausgaben (0,6 % gegenüber 0,1 % im dritten Quartal). Auch der Aufbau von Lagerbeständen hat zu der guten Entwicklung beigetragen (0,8 % nach 0,3 % im Vorquartal). Der Außenhandel konnte im vierten Quartal ebenfalls leicht zum Wachstum beitragen, während er im dritten Quartal die wirtschaftliche Entwicklung noch gebremst hat.

Der Immobilienmarkt in Frankreich hat sich in 2016 in den für die SaarLB wichtigen Teilsegmenten wie folgt entwickelt: Bei Büroimmobilien war die Entwicklung insgesamt zufriedenstellend. In 2016 wurden 2.410.400 m² nachgefragt, was einer Steigerung um 7 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Anzahl der Transaktionen liegt mit 3.320 Stück auf dem Niveau des Vorjahres. Die Leerstandsquote hat sich im Vorjahresvergleich um 11 % auf 6,5 % reduziert. Bei Einzelhandelsimmobilien lag das jährliche Akquisitionsvolumen über EUR 4,4 Mrd., was zwar einen Rückgang um 21 % im Vorjahresvergleich, im Vergleich zum Durchschnitt der letzten zehn Jahre allerdings eine Steigerung um 32 % darstellt. Bei Logistikimmobilien kann die Entwicklung mit einem Investitionsvolumen von EUR 1,6 Mrd. in 2016 ebenfalls als zufriedenstellend gewertet werden.

Die Stromerzeugung aus Fotovoltaik und Windenergie ist in Frankreich im dritten Quartal 2016 weiter angestiegen. Ende September 2016 hat die ans Netz angeschlossene Fotovoltaikleistung in Frankreich erstmalig die Marke von 7 GW überschritten. Durch Sondereffekte im Jahr 2015 war allerdings die ans Netz angeschlossene PV-Leistung bis 30.09.2016 mit 449 MW rückläufig.

Dennoch konnte die Solarstromerzeugung in Frankreich in den ersten neun Monaten 2016 im Vorjahresvergleich um 15 % gesteigert werden und erreichte damit einen neuen Rekordwert von 6,6 TWh. Im Segment Windenergie wurden 804 MW während der ersten neun Monate des Jahres 2016 angeschlossen (+18 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Zubau verbleibt somit auf hohem Niveau und die Gesamtleistung der installierten Windenergieanlagen konnte auf 11,2 GW gesteigert werden.

Laut der Studie Panorama für Strom, die u. a. der französische Verband für erneuerbare Energien (Syndicat des Énergies Renouvelables) herausgegeben hat, haben die erneuerbaren Energien im dritten Quartal 2016 rund 20 % des französischen Stromverbrauchs gedeckt. Die Gesamtleistung aller Windenergieanlagen betrug per 30.09.2016 danach 11.162 MW, die Gesamtleistung der angeschlossenen Fotovoltaikanlagen 6.651 MW.

FINANZSEKTOR

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte das deutsche Finanzsystem im Jahr 2016 vor weitere Herausforderungen. Je länger das niedrige Zinsniveau anhält, desto größer wird der Anteil niedrigverzinslicher Kapitalanlagen in den Bilanzen der europäischen Kreditinstitute und somit steigen die Risiken, die von einem Anstieg des Zinsniveaus ausgehen. Auch das Jahr 2016 war geprägt durch die Aufrechterhaltung der europäischen Finanzstabilität, die durch die weiterhin anhaltende Verschuldungssituation europäischer Staaten auch in diesem Jahr angespannt bleibt. Mit Blick auf das Preisstabilitätsziel hat der EZB-Rat am 08.12.2016 folgenden Beschluss bekannt gegeben: Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) werden im derzeitigen Umfang von EUR 80 Mrd. bis Ende März 2017 fortgesetzt. Der Nettoerwerb von Vermögenswerten soll ab April 2017 bis Ende Dezember 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus im Umfang von monatlich EUR 60 Mrd. erfolgen. Bei einer Eintrübung des Ausblicks ist es möglich, den Umfang oder die Dauer auszuweiten. Die Parameter werden ab Januar 2017 wie folgt angepasst: Der Laufzeitenbereich des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors wird ausgeweitet, indem die Restlaufzeit notenbankfähiger Wertpapiere von mindestens zwei Jahren auf mindestens ein Jahr gesenkt wird. Daneben werden, soweit erforderlich, im Rahmen des APP Ankäufe von Wertpapieren mit einer Endfälligkeitsrendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagenfazilität der EZB zugelassen.

Darüber hinaus existieren weiterhin zahlreiche Risiken, die die Stabilität des Eurosystems stören können. Hierzu zählt neben geopolitischen Risiken auch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingskrise, die die Staatshaushalte belastet und innerhalb der politischen Lager weitreichende Diskussionen auslöst. Nicht außer Acht dürfen hier jedoch auch monetäre Forderungen gegen Länder gelassen werden, die sich weiterhin im Restrukturierungsprozess – resultierend aus der europäischen Schuldenkrise – befinden.

Der Brexit-Entscheid hat sich konjunkturell in Deutschland noch nicht merklich ausgewirkt. Es wird allerdings erwartet, dass die Verunsicherung im Finanzsektor zunehmen wird, da die Austrittsverhandlungen wohl zwei Jahre andauern werden und sich ein Abkommen frühestens im Jahr 2018 abzeichnen dürfte. Die britische Regierung strebt einen möglichst weitgehenden Zugang zum Europäischen Binnenmarkt an, möchte aber die damit eigentlich einhergehende Arbeitnehmerfreizügigkeit einschränken.

In Italien ist der Aufschwung weiterhin schwach und fragil. Zu Anspannungen führen neben der Überschreitung des EU-Konvergenzkriteriums zur Verschuldung auch die Krise der italienischen

Banken. Durch den hohen Anteil von Problemkrediten am gesamten Kreditportfolio sind bei vielen italienischen Banken Kapitalerhöhungen geboten. Im Februar 2017 ist der UniCredit eine Emission neuer Aktien in Höhe von EUR 13 Mrd. gelungen. Bei der Bank Monte dei Paschi di Siena hingegen laufen seit Wochen Verhandlungen über eine mögliche Rettung.

Die Entwicklung am **deutschen Aktienmarkt** war bis Mitte Februar 2016 von kräftigen Kursverlusten geprägt, auch da im Zuge globaler Rezessionssorgen die Erwartung einer schwachen konjunkturellen Entwicklung eingepreist wurde. Vor dem Hintergrund einer kräftigen Erholung des Ölpreises und einer Lockerung der Geldpolitik durch die EZB konnte sich der DAX bis Ende Mai 2016 jedoch spürbar erholen. Nach dem Votum der Briten, die EU zu verlassen, hat der Leitindex allein im Juni 2016 allerdings wieder rund 6 % an Wert verloren. Im zweiten Halbjahr konnte sich der DAX deutlich erholen und insbesondere zum Jahresende seinen Wert steigern. Insgesamt betrachtet ist der DAX im Jahr 2016 um 7 % gestiegen und schloss nahe dem Jahreshoch bei 11.481 Zählern. 2016 ist somit das fünfte gewinnbringende Jahr in Folge.

Entgegen der insgesamt positiven Entwicklung am Aktienmarkt war die Entwicklung des Euro im Jahr 2016 gemischt. Gegenüber dem US-Dollar ist der Euro im vergangenen Jahr moderat abgewertet (von 1,08 EUR/USD auf 1,05 EUR/USD). Gestützt wurde diese Entwicklung im Wesentlichen durch die Geldpolitik der USA, da die US-Notenbank den Leitzins erst im Dezember 2016 anhebte.

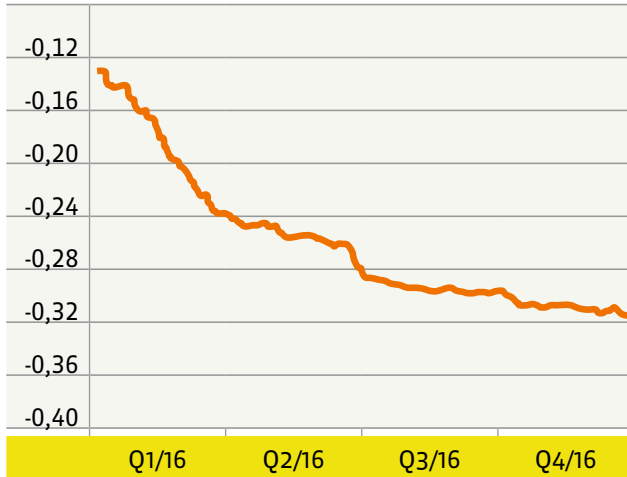
Der Schweizer Franken notierte zum Jahresbeginn 2016 bei einer Marke von 1,08 EUR/CHF. Gestützt wurde dieser Kurs durch Maßnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die versuchte, eine Aufwertung des Franken zu vermeiden und den Kurs in einem engen Band von 1,11 bis 1,07 EUR/CHF hielt. Zum Jahresende wertete der Euro daher nur leicht auf 1,07 EUR/CHF ab. Die chinesische Währung hat seit längerem den US-Dollar als wichtigste Währung im handelsgewichteten Euro-Wechselkurs verdrängt, hier konnte der Euro in 2016 um 3,7 % aufwerten.

Das britische Pfund hat insbesondere nach dem Brexit-Votum der Briten am 23.06.2016 spürbar an Wert verloren und konnte das verlorene Vertrauen auch bis Jahresende nicht wiedergewinnen, sodass der EUR gegenüber dem Pfund um 17,8 % aufwertete.

Am 10.03.2016 hat die Europäische Zentralbank überraschend den Leitzins auf null Prozent gesenkt. Zeitgleich wurde der Zinssatz für die Einlagenfazilität um weitere 0,1 % auf nunmehr -0,4 % reduziert. Mit dem Programm soll die Wirtschaft angekurbelt und für mehr Inflation gesorgt werden. Vorausgegangen war eine Senkung der Preise in der Eurozone um 0,2 % (Februar 2016 im Vergleich zu Februar 2015), die EZB hingegen strebt mittelfristig eine Teuerung von knapp 2 % pro Jahr als Idealwert für die Wirtschaft an. Im Januar 2017 lag die Inflationsrate in der Eurozone bei 1,8 % gegenüber dem Vormonat (zum Vergleich: Dezember 2016: 1,1 %, November 2016: 0,6 %).

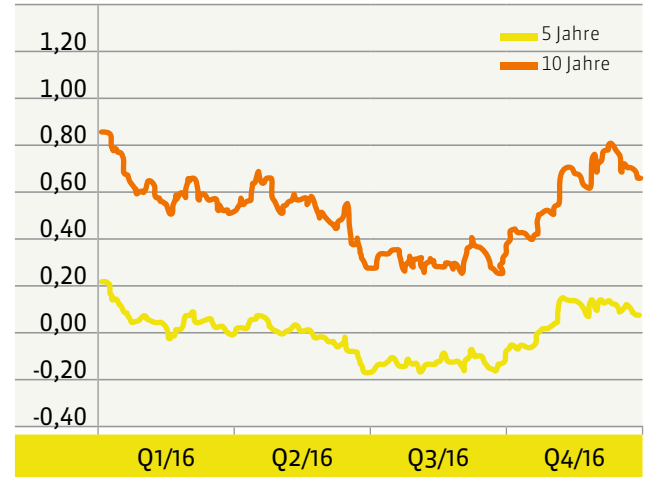
Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor lag im Berichtsjahr 2016 durchgehend unter dem ursprünglichen Erwartungswert der Bank und hat sich von Jahresbeginn mit dem Anfangswert von -0,13 % kontinuierlich nach unten entwickelt. Der Schlusskurs lag bei -0,32 % und unterschritt damit wiederum das bereits niedrige Niveau aus dem Jahr 2015. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild. Nachdem die Zinsen bis zum Anfang des zweiten Quartals weiter gesunken waren, konnten sich diese bis zum Jahresende wieder leicht erholen und folgen damit dem Vorjahrestrend. Nichtsdestotrotz verblieben die Zinsen entgegen unseren Erwartungen weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.

3-Monats-Euribor Q1/16 – Q4/16 in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Swap-Sätze Q1/16 – Q4/16 in %



Quelle: Bloomberg

Auch im Jahr 2016 musste sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei die regulatorischen Anforderungen.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht finalisiert derzeit die Abschlussarbeiten von Basel III („Basel IV“). Für deutsche Kreditinstitute werden je nach Ausgestaltung verschieden hohe Anstiege der risikogewichteten Aktiva erwartet. Im Raum steht aber das Ziel des Baseler Ausschusses, dass es zu keiner signifikanten Erhöhung der Kapitalanforderung für Deutschland kommen soll. Daher betonen die deutschen Aufsichtsbehörden mit Blick auf die aktuelle Diskussion um den Output-Floor, dass eine Festlegung in solcher Höhe erforderlich ist, bei der es für die deutschen IRBA-Institute zu keiner zu großen Belastung kommt.

Im November 2016 wurde ein Berichtsentwurf der EU-Kommission zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung veröffentlicht. Die Einführung soll in zwei Stufen erfolgen, wobei auf eine vollständige Vergemeinschaftung der Sicherungsmittel verzichtet wird. Ab Januar 2019 soll die erste Stufe mit einem mindestens fünfjährigen Rückversicherungssystem beginnen. Einlagensicherungssysteme können dann in begrenztem Umfang Liquiditätsdefizite beim neuen europäischen Einlagenversicherungsfonds (Deposit Insurance Fund, DIF) geltend machen. Zur Finanzierung sollen bereits ab Juli 2017 Beitragszahlungen an den DIF erfolgen. Die zweite Stufe, die frühestens ab Januar 2024 beginnt, besteht aus einem Versicherungssystem, das sowohl Liquiditätsdefizite als auch Restverluste decken soll.

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Bank kann für 2016 auf einen zufriedenstellenden Neugeschäftsverlauf zurückblicken. Auch wenn sich das Neugeschäft (inkl. Prolongationen) nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilte, sondern erst gegen Jahresende zulegte, konnte der für die Kundensegmente (ohne Verbundbank) gesetzte Planwert von rd. EUR 2,0 Mrd. erreicht werden. Das Neugeschäft verteilte sich nahezu hälftig auf Deutschland (54 %) und Frankreich (46 %). Das französische Geschäft verteilte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nahezu gleichverteilt auf die in Frankreich agierenden Segmente Immobilien, Firmenkunden und Projekte. Das deutsche Geschäft profitierte

von einem sehr starken Kommunal- und kommunalnahen Geschäft, das rund 49 % des Neugeschäftes ausmacht, gefolgt vom deutschen Immobiliengeschäft mit rund 31 %. Insgesamt konnten die Segmente Firmenkunden und Kommunalbank, die in Summe rd. EUR 200 Mio. mehr als geplant realisieren konnten, das etwas unter den Erwartungen zurückgebliebene Neugeschäftsvolumen aus den Segmenten Immobilien und Projekte ausgleichen. Die für das Neugeschäft gesetzten Margenziele konnten im Jahresverlauf hingegen leicht übertroffen werden.

In Summe hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis erreicht. Das Ergebnis vor Steuern und vor Zuführung zu den Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g liegt moderat über unseren Erwartungen, das Ergebnis nach Steuern konnte aufgrund einer Steuerrückerstattung unsere Erwartungen sogar deutlich übertreffen.

Gegenüber unseren ursprünglichen Annahmen zum Ergebnis ergaben sich jedoch strukturelle Unterschiede in den einzelnen GuV-Positionen. Während im Wesentlichen der Zins- und Provisionsüberschuss die Erwartungen nicht erfüllen konnten, war das Bewertungsergebnis vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g zum Teil deutlich besser als erwartet. Die Finanz- und Vermögenslage entspricht in Summe ebenfalls unseren Erwartungen.

Im Juni 2016 hat die SaarLB ihren Kommanditanteil von 16,5 % an der Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen, (DFB) mit Wirkung zum 18. August 2016 veräußert.

ERTRAGSLAGE

Das Ergebnis vor Steuern liegt mit EUR 13,9 Mio. um EUR 21,7 Mio. unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes 2015 (EUR 35,6 Mio.), aber dennoch leicht über den Erwartungen aus der letztjährigen Prognose, die keine Zuführungen zu den Reserven beinhaltet hatte. Insbesondere das in einzelnen Segmenten verhaltene Neugeschäftsvolumen im 1. und 3. Quartal des Jahres sowie das weiter gesunkene Zinsniveau wirkten sich ergebnisbelastend auf die SaarLB aus. Aufgrund der niedrigen Zinsen wurden aktivisch EUR 5,4 Mio. gezahlt und passivisch EUR 3,6 Mio. vereinnahmt. Darüber hinaus war das Zinsergebnis des Vorjahres positiv durch einen Sondereffekt im Zusammenhang mit der konzerninternen Veräußerung einer Beteiligung beeinflusst. Der Sachaufwand war durch regulatorische Anforderungen und die deutlich stärker als erwartet gestiegenen EU-Bankenabgaben belastet. Erfreulich entwickelte sich hingegen die deutlich niedriger als erwartete Risikovorsorge.

Da die Bank seit Jahresende 2016 nur noch einen Jahresabschluss nach HGB erstellt, wurden auch die Steuerungskennzahlen der Bank von IFRS- auf HGB-Steuerungskennzahlen angepasst. Zur Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen ebenfalls angepasst. Der Return on Equity (vor Steuern und Zuführung zu den Reserven) beträgt zum 31.12.2016 nach HGB 5,81 % und liegt damit unter Vorjahresniveau (10,73 %). Auf Basis des IFRS-Ergebnisses, das rein zur internen Darstellung letztmalig zum Jahresende 2016 erhoben wurde, zeigt sich der RoE mit 11,7 % moderat über unseren Erwartungen der letztjährigen Prognose.

Die Cost Income Ratio nach HGB ist mit 62,54 % erwartungsgemäß deutlich über dem Vorjahreswert von 46,73 %, der maßgeblich durch den Sonderertrag aus Gewinnabführung geprägt war. Der interne IFRS-Vergleichswert liegt mit 62,7 % ebenfalls deutlich über dem Vorjahr und deutlich über unserer letztjährigen Prognose.

Die RWA-Rentabilität nach HGB ist mit 2,04 % gegenüber dem Vorjahr (2,31 %) gesunken. Der interne IFRS-Vergleichswert liegt zwar mit 2,14 % über dem Vorjahreswert, aber moderat unter unserem letztjährigen Prognosewert.

Das HGB-Ergebnis 2016 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR		2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	109,7	116,5	-6,8	-5,8 %
Sonderertrag Gewinnabführung	[2]	0,0	22,5	-22,5	-100,0 %
Provisionsüberschuss	[3]	10,8	13,4	-2,6	-19,4 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[4]	0,5	0,4	0,1	25,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[5]	1,2	-0,1	1,3	>100 %
Verwaltungsaufwand	[6]	-87,3	-81,5	-5,8	7,1 %
Bewertungsergebnis	[7]	-20,7	-35,3	14,6	-41,4 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	14,2	35,9	-21,7	-60,4 %
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	[10]	13,9	35,6	-21,7	-61,0 %
Steuern	[11]	-3,4	-15,3	11,9	-77,8 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	[12]	10,4	20,3	-9,9	-48,8 %
Zinsaufwand stille Einlagen	[13]	-17,4	-21,7	4,3	-19,8 %
Kernkapital	[14]	882,9	860,1	22,8	2,7 %
Ø Risikoposition	[15]	5.971,7	6.598,3	-626,6	-9,5 %
RoE* (([10]-[13])/[14])	[16]	5,81 %	10,73 %	-4,92 %	
CIR ([6]/([1]+[2]+[3]+[4]+[5]-[13]))	[17]	62,54 %	46,73 %	15,81 %	
RWA-Rentabilität (([1]+[2]+[3]+[5])/[15])	[18]	2,04 %	2,31 %	-0,27 %	

*vor Zuführung von Reserven

Der Zinsüberschuss der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um EUR -6,8 Mio. von EUR 116,5 Mio. (ohne Sonderertrag aus Gewinnabführung) auf EUR 109,7 Mio. gefallen und bleibt somit deutlich hinter den Erwartungen zurück. Der Rückgang entspricht einer Veränderung von -5,8 %. Hierbei wurde der Rückgang der Zinserträge von EUR 308,7 Mio. in 2015 auf EUR 271,1 Mio. in 2016 (entspricht -12,2 %) durch einen Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 203,3 Mio. in 2015 auf EUR 174,4 Mio. (entspricht -14,2 %) nur zum Teil kompensiert. Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das weiter gesunkene, teils deutlich negative Zinsniveau und das im ersten und dritten Quartal sehr verhaltene Neugeschäftsvolumen.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen mit EUR 243,0 Mio. nach einem Rückgang von EUR -22,2 Mio. aufgrund des weiter gesunkenen Zinsniveaus unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer Verringerung von rund -8,4 %. In geringerem Maße haben sich

die absoluten Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR 111,9 Mio. um EUR 19,5 Mio. bzw. um rund -14,8 % verringert.

Rund 53 % des Zinsergebnisses der Kundensegmente entfallen auf die Segmente Firmenkunden und Projekte sowie 38 % auf die Segmente Immobilien und Verbundbank. Insgesamt konnte jedoch keines der genannten Segmente die Prognose aus dem Vorjahr bestätigen.

Die Zinsaufwendungen für Stille Einlagen, Nachrangkapital und Genussrechtskapital liegen aufgrund entsprechender Fälligkeiten mit EUR 17,4 Mio. in 2016 unter Vorjahresniveau (EUR 21,7 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen) erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Saldo in Höhe von EUR 6,4 Mio. (Vorjahr: EUR 9,0 Mio.), denen allerdings Aufwendungen aus Auflösungen von Zinsderivaten in Höhe von EUR 2,1 Mio. (Vorjahr: EUR 2,5 Mio.) entgegenstehen.

Der Provisionsüberschuss liegt mit EUR 10,8 Mio. unter dem Vorjahresniveau (EUR 13,4 Mio.). Damit bleibt der Provisionsüberschuss ebenfalls deutlich hinter unserer letztjährigen Prognose sowie den Entwicklungen der letzten Jahre zurück. Dabei konnte die angestrebte Ausweitung des Syndizierungsgeschäftes sowie die Ausweitung der Produktpalette und weiterer Dienstleistungen im Berichtsjahr nicht wie geplant umgesetzt werden. Begründet ist der Rückgang des Provisionsüberschusses im Wesentlichen durch das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft, das sich von EUR 11,3 Mio. in 2015 um EUR -2,4 Mio. auf EUR 8,9 Mio. verschlechterte, sowie durch das Provisionsergebnis aus dem Effektingeschäft, das sich von EUR 4,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 3,8 Mio. (EUR -0,8 Mio.) im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte. Gegenläufig wirkten primär leicht gesunkene Provisionszahlungen aus dem Bauspargeschäft, die in 2016 eine Höhe von EUR -4,3 Mio. erreichten, was einer Reduzierung von rd. -6,5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Vorjahr: EUR -4,6 Mio.). Verteilt auf die Segmente ist zu sagen, dass der im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur letztjährigen Prognose gestiegene Provisionsüberschuss im Bereich Immobilien die deutlich niedrigeren Provisionen in den Bereichen Projekte, Private und Institutionelle sowie Firmenkunden nicht kompensieren konnte.

Das Ergebnis des Handelsbestandes beträgt im Berichtszeitraum EUR 0,5 Mio. und liegt damit um EUR 0,1 Mio. über dem Vorjahresergebnis von 0,4 Mio. EUR, kann aber unsere letztjährige Prognose in Höhe von EUR 0,7 Mio. nicht ganz erreichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei EUR 1,2 Mio. und somit deutlich besser als im Rahmen der Vorjahresprognose erwartet, was im Wesentlichen auf geringere Rückstellungsbildungen zurückzuführen ist. Das Ergebnis liegt somit um EUR 1,3 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR -0,1 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 7,2 Mio. auf nunmehr EUR 5,0 Mio. gesunken. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus Derivaten des Anlagebuches in Höhe von EUR 2,4 Mio. (Vorjahr: EUR 5,8 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in 2016 mit EUR -3,8 Mio. um EUR 3,5 Mio. niedriger als im Vorjahr (EUR -7,3 Mio.). Darin enthalten sind Aufwendungen aus durchgehandelten Derivaten in Höhe von EUR -2,3 Mio. (Vorjahr: EUR -3,2 Mio.), sonstige Rückstellungen in Höhe von EUR -0,8 Mio. (Vorjahr: EUR -3,7 Mio.) sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von EUR -0,7 Mio. (Vorjahr: EUR -1,7 Mio.).

Der Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände hat sich von EUR -81,5 Mio. im Vorjahr auf EUR -87,3 Mio. zum 31.12.2016 erhöht. Dabei zeigt sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr (EUR -44,5 Mio.) mit EUR -44,7 Mio. nahezu unverändert und damit deutlich besser als in der Prognose aus 2015 unterstellt, was im Wesentlichen auf niedrigere Aufwendungen für variable Vergütungen sowie Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Die anderen Verwaltungsaufwendungen hingegen liegen mit EUR -40,8 Mio. um EUR 5,5 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR -35,3 Mio. und können unsere letztjährige Prognose somit nicht bestätigen. Wesentlicher Treiber ist dabei die stark gestiegene europäische Bankenabgabe in Höhe von EUR 4,3 Mio. (Vorjahr: EUR 2,8 Mio.), die für viele Institute eine deutliche Mehrbelastung darstellt. Hinzu kommen, wie im Rahmen der letztjährigen Prognose dargestellt, weitere Aufwendungen für DV-Kosten und Beratung im Zusammenhang mit der Anpassung des Informationsrisiko- und Notfallmanagementsystems sowie zur Datensicherheit beim Einsatz individueller Datenverarbeitung. Zusätzlich schlägt sich der Beratungsaufwand aus dem eingangs erwähnten Strategieprojekt wider.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegen mit EUR -1,7 Mio. auf Vorjahresniveau (EUR -1,7 Mio.).

Das Bewertungsergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2016 von EUR -35,3 Mio. auf EUR -20,7 Mio. verbessert. Darin enthalten sind das Bewertungsergebnis aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft sowie die Zuführungen zu den § 340g-Reserven in Höhe von 10,1 Mio. EUR (Vorjahr: EUR 25,0 Mio.). Dem entgegen stehen Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen in Höhe von EUR 5,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,5 Mio.) sowie Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von EUR -0,7 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.).

Die Steuerposition i. H. v. EUR -3,4 Mio. umfasst neben den tatsächlichen Steuern des abgelaufenen Geschäftsjahres i. H. v. EUR -12,8 Mio. (Vorjahr: EUR -18,4 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR 3,2 Mio. (Vorjahr: EUR 3,0 Mio.), eine Steuererstattung aus den Vorjahren in Höhe von EUR 5,5 Mio. sowie eine Auflösung von Steuerrückstellungen von EUR 0,7 Mio.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 0,8 ‰ (Vorjahr: 1,5 ‰).

FINANZLAGE

Auch in 2016 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG liegt mit EUR 585 Mio. um EUR 168 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 753 Mio.). Bei einer leichten Reduzierung des Pfandbriefumlaufes hat die geringere Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung in 2016 mit ca. 49 % um 18 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau liegt (2015: 67 %) – dies jedoch nach wie vor weit über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG hat sich mit EUR 2.104 Mio. gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (2015: EUR 1.642 Mio.). Begründet ist dies durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich. Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2015 von EUR 1.198 Mio. auf EUR 1.541 Mio. in 2016 ebenfalls deutlich erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 37 % zum 31.12.2016 auf Vorjahresniveau (37 %) und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2015 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 840 Mio. (2015: EUR 1.027 Mio.) liegt das platzierte Volumen im Jahresverlauf 2016 unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist darin begründet, dass höheres Kapitalmarktfunding wegen der Ausnutzung alternativer Refinanzierungsquellen (u. a. mittel- bis langfristige Tendergeschäfte mit der Bundesbank, Einlagengeschäft) nicht erforderlich war. Kapitalmarktfunding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Über die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB im laufenden Geschäftsjahr 2016, wie bereits in 2015, weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der SaarLB, sich sowohl über unbesicherte Emissionen als auch über Pfandbriefe zu refinanzieren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 839 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: EUR 961 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht. Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Die Bank hat sich im Berichtsjahr an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG bzw. TLTRO) im Rahmen des GLRG-II-Programms der EZB bei der Deutschen Bundesbank beteiligt. Beginnend ab Juni 2016 wurden der Landesbank Saar über die Deutsche Bundesbank EUR 100,0 Mio. zugeteilt. Diese Zuteilung ist mit einer vierjährigen Laufzeit sowie einer freiwilligen Rückzahlungsoption ausgestattet. Die im Rahmen des GLRG II-Programms aufgenommenen Mittel können zwei Jahre nach ihrer Valutierung in vierteljährlichem Rhythmus freiwillig

zurückgezahlt werden. Der Zugang der SaarLB zum Geld- und Kapitalmarkt wird durch die Bonitätseinschätzung der zwei internationalen Ratingagenturen Fitch Ratings (Fitch) und Moody's Investors Service (Moody's) unterstützt.

Das Langfristrating von Fitch wurde Mitte 2016 nochmals auf A- bestätigt.

Nachdem Moody's im Juni 2015 – im Nachgang zur Methodikänderung aufgrund der veränderten Berücksichtigung von Supportfaktoren – das Langfristrating von A3 bestätigt und den Outlook auf „Positive“ angehoben hatte, wurde das Langfristrating Anfang 2016 auf A2 angehoben. Zum 31.12.2016 stellt sich die Ratingeinschätzung der beiden Agenturen wie folgt dar:

Fitch	
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short-Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bb+
Derivative Counterparty Rating	A- (dcr)

Moody's	
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Deposit Rating	A2, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba2
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa3
Counterparty Risk Assessment	A2(cr)

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Kreditinstitute	3.227,9	3.577,2	-349,3	-9,8 %
Kunden	5.328,2	5.241,2	87,0	1,7 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.631,9	3.659,2	-27,3	-0,7 %
Nachrangkapital	25,5	25,5	0,0	0,0 %
Summe der Verbindlichkeiten	12.213,5	12.477,6	-264,1	-2,1 %

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR -349 Mio. (-10 %) auf EUR 3.228 Mio. gesunken. Dieser Abbau betrifft mit EUR 390 Mio. vor allem Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** haben sich in 2016 um EUR 87 Mio. auf EUR 5.328 Mio. erhöht. Der Anstieg resultiert mit EUR 60 Mio. primär aus Bauspareinlagen.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind in 2016 bei einem Rückgang von EUR 27 Mio. auf EUR 3.632 Mio. nahezu unverändert. Bei den Restlaufzeiten ergab sich eine Verschiebung von den langen (< 5 Jahre) zu den kürzeren Restlaufzeiten (\leq 2 Jahre).

Das **Nachrangkapital** ist mit EUR 26 Mio. unverändert. Tilgungen sowie Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt.

Die Erhöhung des **bilanziellen Eigenkapitals** ergibt sich aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2015 und der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen für das Geschäftsjahr 2016; aus dem Bilanzgewinn 2015 wurden EUR 9 Mio. und aus dem Jahresüberschuss 2016 EUR 1 Mio. den Gewinnrücklagen zugeführt. Dem steht ein um EUR 9 Mio. geringerer Bilanzgewinn im Jahr 2016 gegenüber.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden primär durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.347 Mio. zum 31.12.2016 sind diese Verpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.490 Mio.) gesunken. Sie sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditätsmanagements bereits berücksichtigt sind. Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 580 Mio. auf EUR 15.409 Mio. (Vorjahr: EUR 14.829 Mio.) gestiegen. Mit rund 96 % betrifft dies – analog zum Vorjahr – Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gewährleistet.

VERMÖGENSLAGE

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 13.290 Mio. per 31.12.2016 im Vergleich zum 31.12.2015 (EUR 13.566 Mio.) um -2,0 % verringert. Deutliche Rückgänge bei den Forderungen an Kreditinstitute sowie den Wertpapieren konnten nur teilweise durch den Anstieg der Forderungen an Kunden kompensiert werden.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist von EUR 14.683 Mio. um -1,4 % auf EUR 14.475 Mio. im Geschäftsjahr 2016 weiter gesunken.

in Mio. EUR	2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.601,6	1.825,8	-224,2	-12,3 %
Wertpapiere	2.106,7	2.483,6	-376,9	-15,2 %
Forderungen an Kunden	9.418,9	8.883,9	535,0	6,0 %
Eventualverbindlichkeiten	410,1	421,8	-11,7	-2,8 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	937,2	1.067,8	-130,6	-12,2 %
Kreditvolumen	14.474,5	14.682,9	-208,4	-1,4 %

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Vorjahr um rund EUR -224 Mio. von EUR 1.826 Mio. zum 31.12.2015 auf EUR 1.602 Mio. zum 31.12.2016 gesunken. Betroffen sind vor allem Forderungen an inländische Kreditinstitute.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 2.484 Mio. auf EUR 2.107 Mio. gesunken (-15,2 %). Ursächlich hierfür war der Rückgang von längerfristigen Anleihen.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 1,9 Mio. (Vorjahr: EUR 5,4 Mio.), denen stille Reserven von EUR 51,8 Mio. (Vorjahr: EUR 49,0 Mio.) gegenüberstehen.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind deutlich gestiegen. Maßgeblich hierfür war vor allem der Anstieg der Forderungen an öffentliche Haushalte bzw. öffentlich-rechtliche Unternehmen i. H. v. EUR 398 Mio.

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen in 2016 mit EUR 410 Mio. weitgehend auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 422 Mio.).

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** sind um EUR 131 Mio. auf EUR 937 Mio. zurückgegangen. Ursächlich hierfür war ein Rückgang bei den Zusagen an öffentliche Haushalte um EUR 99 Mio. sowie bei den Unternehmen um EUR 31 Mio.

RISIKOBERICHT

GRUNDLAGEN DER RISIKOSTEUERUNG UND -ÜBERWACHUNG

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapier-spezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Abteilung Risikocontrolling ist unmittelbar dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Auch wenn sie von der BaFin bisher nicht formal dazu aufgefordert wurde, hat die SaarLB im Laufe des Jahres 2015 einen Sanierungsplan erstellt und im November 2015 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Die SaarLB überprüft in einem regelmäßigen Prozess potenziellen Anpassungsbedarf des Plans. Auf Basis der festgelegten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren befindet sich die SaarLB in der Phase des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die sogenannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten), jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen, zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindestvorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2016	31.12.2015
Risikopositionen (Mio. EUR)	5.765	6.251
Eigenmittel	903	881
davon Kernkapital	883	860
davon hartes Kernkapital	672	637
Gesamtkennziffer	15,7 %	14,1 %
Kernkapitalquote	15,3 %	13,8 %
harte Kernkapitalquote	11,7 %	10,2 %

Sowohl die harte Kernkapitalquote, die Kernkapitalquote als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei rückläufigen Risikopositionen und erhöhten Eigenmitteln merklich gestiegen:

- Der positive Effekt hinsichtlich der harten Kernkapitalquote ergibt sich im Wesentlichen aus (1) dem Rückgang der Risikoaktiva (rund EUR 486 Mio.), (2) der Auffüllung der § 340g HGB-Reserve (rund EUR 25 Mio.), sowie (3) der Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 11 Mio.).
- Der positive Effekt hinsichtlich der Kernkapitalquote geht auf die Effekte (1), (2) und (3) im harten Kernkapital sowie (4) auf die Kündigung stiller Einlagen (rund EUR 14 Mio.) zurück.
- Der positive Effekt hinsichtlich der Eigenmittel geht auf die bereits geschilderten Effekte (1) bis (4) zurück.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der BaFin. Anpassungen der vertraglichen Grundlagen im Sinne der Aufsicht sollen im ersten Halbjahr 2017 vorgenommen werden.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Dies gilt auch für die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) seit 30. September 2016 festgelegten Mindestquoten. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 13,4 % (31.12.2015: 12,0 %), die Kernkapitalquote bei 13,1 % (31.12.2015: 11,8 %) und die harte Kernkapitalquote bei 9,9 % (31.12.2015: 8,7 %).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Geschäftsjahr 2016 grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:^{1,2}

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2016	31.12.2015	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	67,9	59,2	8,7
+ Grundkapital	250,1	250,1	0,0
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	0,0
+ Gewinnrücklagen	330,2	287,3	42,9
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	9,5	0,0
+ Befristete stille Einlagen	223,6	233,6	-10,0
+ Genussrechte	0,0	0,0	0,0
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	0,0
+ Neubewertungsrücklage	33,8	68,0	-34,2
Risikodeckungsmasse	+1.009,7	1.002,3	7,4
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	5,0	0,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	0,0	-2,6	2,6
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-33,8	-26,5	-7,3
Liquidationsdeckungsmasse	+1.038,5	+1.026,4	+12,1
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	27,6	30,3	-2,7
Verfügbare Deckungsmasse	+1.010,8	+996,0	+14,8

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Jahresende 2015 vor allem aufgrund der Thesaurierung des Jahresergebnisses 2015 gestiegen, die zu höheren Gewinnrücklagen führte. Demgegenüber stand eine deutlich niedrigere Neubewertungsrücklage.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

¹ Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

² Da die SaarLB aufgrund des Verkaufs ihrer wesentlichen Beteiligungen keinen IFRS-Konzernabschluss mehr erstellt, erfolgt ab 2017 die Operationalisierung über HGB-Steuerungsgrößen. Ein Projekt zur Umstellung auf eine HGB-Steuerung wurde eingerichtet.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risiko-
profil. Im Geschäftsjahr 2016 wurde in einem mindestens vierteljährlichen Turnus eine Risiko-
tragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren
Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung
des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten.
Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Ri-
sikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grund-
sätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt.
Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (ins-
gesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden
wenigstens jährlich validiert.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nach-
folgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2016			31.12.2015		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	165,2	345,0	48 %	188,7	315,0	60 %
davon Ausfallrisiko	(101,1)	(210,0)	48 %	(114,9)	(180,0)	64 %
davon Credit Spread-Risiko	(64,2)	(135,0)	48 %	(73,7)	(135,0)	55 %
Marktrisiko	116,8	180,0	65 %	78,8	150,0	53 %
Operationelles Risiko	25,5	30,0	85 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	0,0		0,0	5,0	0 %
Immobilienrisiko	0,0	0,0		12,5	15,0	83 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	48,6	90,0	54 %	75,3	90,0	84 %
Summe	356,0	645,0	55 %	362,1	585,0	62 %
Verfügbare Deckungsmasse	1.010,8			996,0		
Freie ökon. Deckungsmasse	654,8			633,9		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als
auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben. Das Immobili-
enrisiko wird ab 31.12.2016 nicht mehr als wesentliche Risikoart eingestuft und daher in der
ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt. Das operationelle Ri-
siko wird zum 31.12.2016 erstmals durch eine Szenarioanalyse quantifiziert. Durch diesen Me-
thodenwechsel ergibt sich ein deutlich erhöhter Kapitalbedarf, für den das Limit entsprechend
angepasst wurde.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren
Stressszenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten An-
nahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw.
eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung
der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte An-
nahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2016	31.12.2015
Adressenrisiko	158,5	175,0
davon Ausfallrisiko	(98,2)	(101,9)
davon Credit Spread-Risiko	(60,4)	(73,1)
Marktrisiko	102,1	72,5
Operationelles Risiko	17,0	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Immobilienrisiko	0,0	9,6
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	30,9	39,7
Summe	308,5	300,2
Freie ökon. Deckungsmasse	654,8	633,9
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	346,2	333,7

Die Kapitalbedarfe im Stressszenario Schwerer konjunktureller Abschwung sind im Vergleich zum Jahresende 2015 leicht gestiegen, da die höheren Marktpreisrisiken (u. a. bedingt durch eine strategische Investition in DAX-ETF) den Rückgang bei den Adressenrisiken überkompensieren. Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Adressenrisiko (Kreditrisiko)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken. Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann.

Das Credit Spread-Risiko (Bonitätsänderungsrisiko) bezeichnet das Risiko bonitätsinduzierter Kursverluste des Wertpapierbestandes (inkl. Wertpapierpositionen in Spezialfonds, Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst

auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGVO-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v.a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird nachvollziehbar dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand eines in geeigneter Weise ausgestalteten Frühwarnsystems – u. a. durch monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – werden möglicherweise gefährdete Engagements identifiziert und in die geeignete Betreuungsform überführt. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Den MaRisk Rechnung tragend werden die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Nettoengagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobereichen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios

eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Die Einhaltung der Risikostrategie wird im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung einzelfallbezogen durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche überprüft.

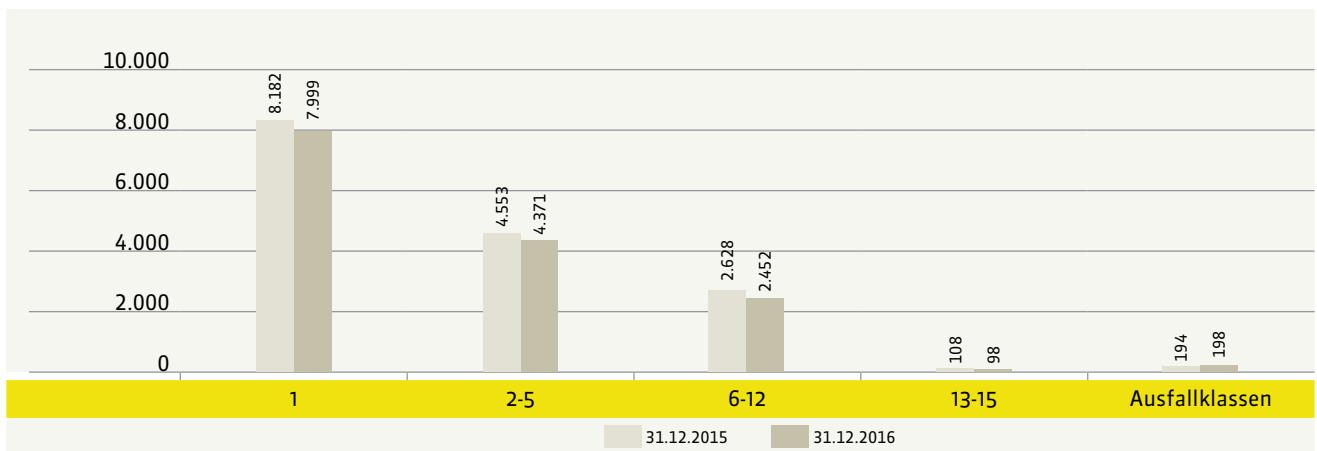
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 15.119 Mio. bestand (zum 31.12.2015: EUR 15.665 Mio.). Somit wurden Kreditrisiken in Höhe von EUR 546 Mio. abgebaut.

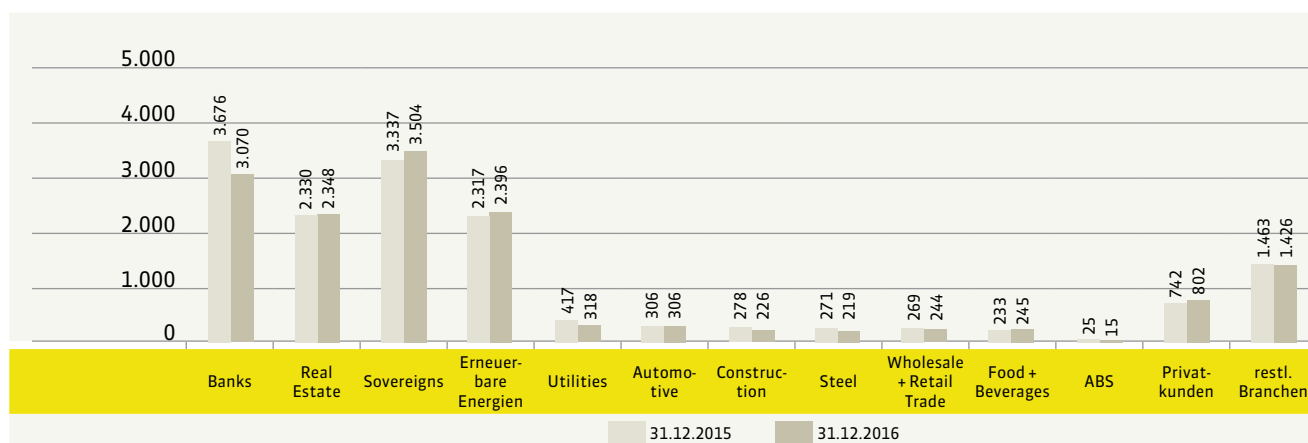
Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)



Zum Berichtsstichtag liegen rund 82 % des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGVO-Skala). Zum 31.12.2015 betrug der Anteil rund 81 %.

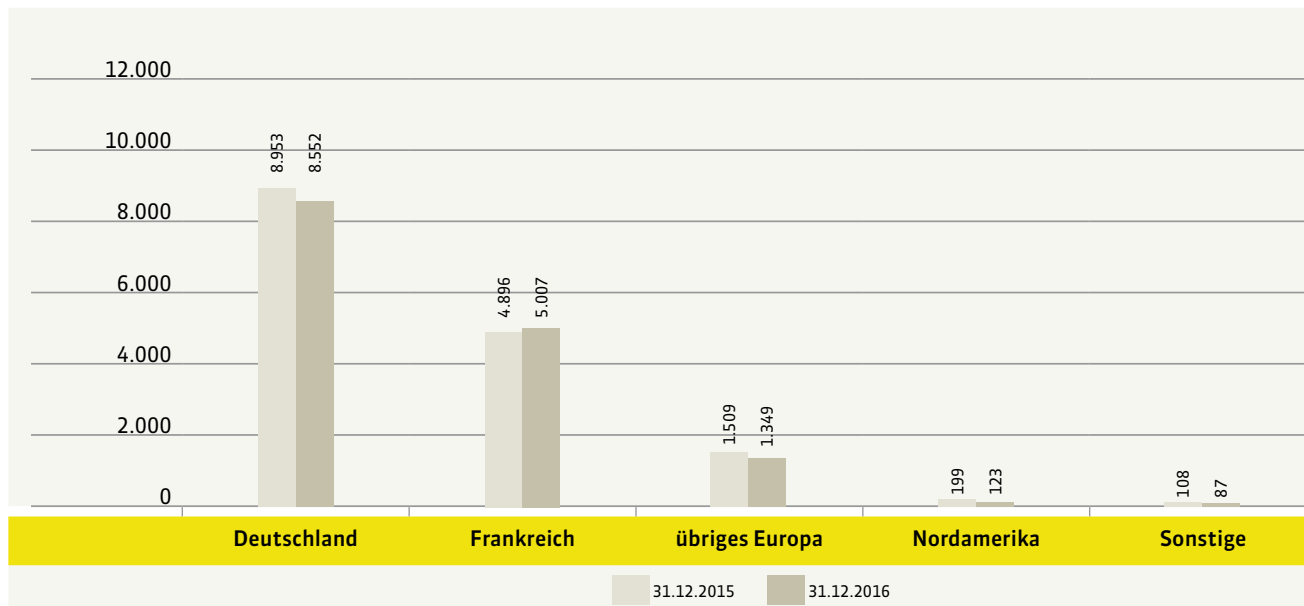
Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Der größte Anteil des Portfolios (rund 23 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns gefolgt von den Branchen Banks (rund 20 %), Erneuerbare Energien (rund 16 %) und Real Estate (rund 16 %). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Sovereigns um rund EUR 167 Mio. erhöht, während es in den Branchen Banks um EUR 606 Mio. und Utilities um EUR 99 Mio. deutlich reduziert wurde.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 90 % (zum 31.12.2015: 88 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 9 % (zum 31.12.2015: 10 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken der PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) auf insgesamt EUR 242 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 280 Mio.) belaufen, davon 89 % (zum 31.12.2015: 82 %) im Investment Grade. Das Exposure von Kreditnehmern im Vereinigten Königreich beträgt EUR 87 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 114 Mio.), darunter 99 % (zum 31.12.2015: 99 %) im Investment Grade. Im Berichtszeitraum wurde das Volumen in fast allen betrachteten Regionen reduziert, u. a. in Deutschland um EUR 401 Mio. oder dem übrigen Europa um rd. EUR 163 Mio. Lediglich in Frankreich wurde das Volumen um rd. EUR 111 Mio. erhöht.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	2.201	2.575
Frankreich	123	219
übriges Europa	590	706
Nordamerika	79	100
Sonstige	79	77
Gesamt	3.070	3.676

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg sinkt das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 606 Mio., absolut gesehen am deutlichsten in Deutschland um EUR 374 Mio., prozentual mit minus 44 % am stärksten in Frankreich.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2016							31.12.2015
Branchen	Deutschland	Frankreich	übriges Westeuropa	Nordamerika	Sonstige	Summe	Summe
Sovereigns	2.323	932	210	0	39	3.504	3.337
Real Estate	1.110	987	224	28	0	2.348	2.330
Automotive	278	25	2	1	0	306	306
ABS	0	0	14	1	0	15	25
Wholesale + Retail Trade	233	11	0	0	0	244	269
Construction	155	61	10	0	0	226	278
Utilities	251	24	42	0	0	318	417
Steel	206	3	10	0	0	219	271
Erneuerbare Energien	370	2.027	0	0	0	2.396	2.317
Food + Beverages	100	100	41	4	0	245	233
Privatkunden	419	376	8	0	0	802	742
restliche Branchen	908	340	164	10	4	1.426	1.463
Gesamt	6.352	4.885	725	44	43	12.048	11.989

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (31.12.2015: rund 99 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93 % (31.12.2015: rund 93 %) den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Mio. EUR	37	34
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	113	151
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	45	107
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	587	457
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	711	1.073
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	672	815
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	904	522
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	0	520
> 500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	0	0
> 1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	0	0
Gesamt	3.070	3.676

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten, allerdings sind die Größenklassen größer EUR 250 Mio. zum aktuellen Berichtsstichtag nicht besetzt.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Mio. EUR	767	749
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.229	1.204
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.079	1.975
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.490	3.092
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	2.961	3.378
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	786	783
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	112	219
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	625	589
Gesamt	12.048	11.989

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) weiterhin besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Länder	31.12.2016	31.12.2015
Portugal	4	8
Italien	108	136
Irland	12	10
Griechenland	0	0
Spanien	119	125
Gesamt	242	280

Der Kreditbestand in den PIIGS-Staaten wurde im Berichtszeitraum um rund. EUR 38 Mio. abgebaut, größtenteils in Italien (EUR 28 Mio.). Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 89 % im Investment Grade (zum 31.12.2015: 82 %). Ein Exposure in Griechenland liegt zum Berichts- wie zum Vergleichsstichtag nicht vor.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	31.12.2016	31.12.2015
Sovereigns	70	74
Banks	26	56
Logistics	52	53
Telecom	41	41
Real Estate	20	21
Utilities	20	19
ABS	12	14
Sonstige	2	2
Gesamt	242	280

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von EUR 70 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2015: EUR 74 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (77 %), gefolgt von Spanien (16 %) und Irland (6 %) zuzuordnen. In Portugal sind keine nennenswerten Forderungen gegenüber Sovereigns mehr vorhanden. Der deutlichste Abbau erfolgte in der Branche Banken (EUR 30 Mio.), gefolgt von Verbriefungen (ABS) in Höhe von EUR 2 Mio. Zum aktuellen Berichtsstichtag sind damit keine relevanten Volumina mehr in italienischen Banken investiert (nur noch rund EUR 0,5 Mio.), welche hauptsächlich von den Spezialfonds der SaarLB gehalten werden. Alle übrigen Branchen verblieben auf nahezu konstantem Niveau. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Zum Berichtsstichtag hielt die SaarLB ein Exposure von EUR 87 Mio. im Vereinigten Königreich. Mit insgesamt EUR 70 Mio. stellt die Branche Banks den Großteil des Exposures. Die volumemäßig nächstgrößere Branche ist Food and Beverages (EUR 8 Mio.). Alle übrigen Branchen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Der Großteil des Exposures im Vereinigten Königreich wird durch die Spezialfonds von SaarLB und LBS gehalten. Das Exposure ist nahezu ausschließlich im Investment Grade-Bereich geratet. Wir schätzen die aus dem Brexit resultierenden Risiken für dieses Exposure daher als überschaubar ein.

Risikoversorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs-, Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen und Policies. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Als Impairment Trigger werden objektive Hinweise verwendet, die auf eine Wertminderung des Engagements hinweisen. Diese sind u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung bestehender Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung mit den künftig zu erwartenden Cashflows, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert werden. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2016- 31.12.2016	01.01.2015- 31.12.2015
Anfangsbestand	116,4	125,9
Auflösung	-15,9	-18,7
Verbrauch	-23,0	-14,1
Zuführung	24,4	23,3
Endbestand	101,9	116,4

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,1 Mio. (per 31.12.2015: EUR 0,4 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 0,8 Mio. (per 31.12.2015: EUR 1,5 Mio.) gegenüber. Schließlich bestehen für latente Risiken Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 15,3 Mio. (per 31.12.2015: EUR 17,0 Mio.).

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-) Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts entspricht den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Abteilung Produktmanagement sowie der Bereich Private und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Recht und Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von zehn Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Die Risikokennzahlen werden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgt die Risikoberechnung mithilfe von Risikoparametern, die auf weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen basieren.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) sowie für die Handelsbuchsparten Renten-Sales und Devisen-Bankbuch und -Sales eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf in den Handelsbuchsparten eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einer Sparte dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes einer Sparte. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden bei Handelsbuchsparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle beschreibt das Risiko verschiedener Marktpreisrisikoarten im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum. Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um den Brutto-VaR.

Marktrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2016			12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2015		
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zins-VaR	18,0	20,9	12,7	12,8	16,4	10,3
FX-VaR	0,9	1,7	0,1	1,1	1,9	0,6
Aktien-VaR	5,2	7,2	1,6	2,7	4,4	0,7
Gesamt-VaR	24,2	27,8	18,0	16,7	21,6	12,4

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-)VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 36,0 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 29,5 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alle Sparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 68,8 % (in 2015: 56,8 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 52,9 % (in 2015: 38,8 %) und einem Maximum von 81,8 % (in 2015: 73,4 %) schwankte.³ Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 28,1 Mio. (in 2015: EUR 21,6 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 26,5 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 20,0 Mio.).

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden turnusgemäß quartalsweise aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) im Berichtszeitraum unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB im Wesentlichen Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i. e. S.), aber auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, jeweils unter Berücksichtigung von Marktliquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

³In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Abteilung Treasury, zu der auch der Geldhandel zählt, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätsrisikocontrolling erfolgt in der Abteilung Risikocontrolling.

Im Rahmen der Messung von Liquiditätsrisiken werden alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank berücksichtigt. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen). Das dem gegenüberstehende Funding-Potenzial beinhaltet u. a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und quantifiziert damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**

Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.

- **Szenario Bankstress**

Abbildung eines signifikanten Downgrades der SaarLB, welcher zu Liquiditätsabflüssen von privaten und institutionellen Geldgebern sowie zu dem Wegfall von Eigenemissionen führt (Abflüsse variabler Bestände). Des Weiteren ist das Funding durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

Abbildung einer Kapitalmarktstörung (Vertrauensverlust auf dem Interbankenmarkt), welche sich auf die Liquiditätsbeschaffung auswirkt und zu Liquiditätsabflüssen durch die Valutierung der offenen Zusagen von gewerblichen Kunden führt.

- **Szenario Kombination**

Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Funding-Potenzial. Es setzt sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammen. Zum Berichtszeitpunkt verfügte die SaarLB über ein freies Funding-Potenzial i. H. v. EUR 1,4 Mrd. (zum 31.12.2015: EUR 1,5 Mrd.). Ein ausreichendes Funding-Potenzial gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hochliquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Funding-Potenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hochliquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 0,9 Mrd. (zum 31.12.2015: EUR 1,1 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 180 Tage erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Funding-Potenzial. Die Auslastungen des Funding-Potenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt.

Auch für die einen Zeitraum von 180 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Funding-Potenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 180-Tages-Sicht jederzeit durch entsprechende Funding-Potenziale gedeckt:

Auslastung des Funding-Potenzials (180 Tage; in %)	maximale Auslastung	
	31.12.2016	31.12.2015
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	0,00 %	0,00 %
Szenario Bankstress	37,59 %	33,79 %
Szenario Marktstress	20,07 %	0,00 %
Szenario Kombination	77,98 %	56,77 %

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Funding-Potenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,51 und 3,49 (im Gesamtjahr 2015 zwischen 2,00 und 3,40); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,58 (zum 31.12.2015: 2,95).

Neben der Ermittlung der Liquiditätskennziffer werden im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt. Dabei werden konsolidierte Werte des SaarLB-Konzerns (inkl. LBS)

verwendet. Die seit Oktober 2015 gültige aufsichtsrechtliche Mindestquote lag im Berichtszeitraum bei 70 %. In den Folgejahren wird die Mindestquote sukzessive auf 100 % ab dem Jahr 2018 angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer gemäß Delegierter Verordnung (EU) 2015/61 von 155 % aus (zum 31.12.2015: 257 %).

Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Darüber hinaus stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) wie folgt dar:

31.12.2016 (in Mio. EUR) ¹⁾	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	785	570	805	1.057
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.079	576	455	1.515
Verbriefte Verbindlichkeiten	100	594	1.709	1.227
Nachrangkapital	0	0	5	21
Summe ohne Derivate	2.964	1.741	2.973	3.819
Derivate	0	0	0	0
Insgesamt	2.964	1.741	2.973	3.819

¹⁾ Die Tabelle enthält HGB-Werte, da zum 31.12.2016 kein IFRS-Konzernabschluss mehr erstellt wird.

31.12.2015 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	1.109	784	1.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.592	802	349	1.351
Verbriefte Verbindlichkeiten	50	328	1.841	1.458
Nachrangkapital	0	1	182	21
Summe ohne Derivate	4.137	2.239	3.156	3.987
Derivate*	15	18	190	190
Insgesamt	4.152	2.257	3.346	4.177

* inklusive negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), überwiegend Zinsderivate

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendergeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinstellung eingesetzt.

OPERATIONELLES RISIKO

Allgemeines

Operationelles Risiko ist das Risiko eines unerwarteten Schadens, der durch menschliches Versagen, Prozess- oder Kontrollschwächen, technologisches Versagen, Katastrophen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen wird. Zu den Operationellen Risiken zählen insbesondere Rechts-, Modell- und IT-Risiken; Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind im OpRisk-Handbuch der SaarLB detailliert beschrieben. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profiles durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert seit dem Berichtsstichtag 31.12.2016 die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet seit dem 01.01.2007 zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 24 Schadenfälle (gesamt 2015: 28) beobachtet, die zu einer erwarteten G.u.V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 1,0 Mio. (gesamt 2015: EUR 0,6 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 25,1 Mio. (in 2015: EUR 26,4 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE. Alle juristischen Mitarbeiter/-innen der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB zu identifizieren und zu steuern.

Risikosteuerung

Die juristischen Mitarbeiter/-innen in RS RE haben die Aufgabe, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Sie sollen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf informieren. Sie verantworten die Veranlassung beziehungsweise Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die neuen und laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des zuständigen Mitarbeiters in RS RE in Abstimmung mit der Abteilungsleiterin RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt. Halbjährlich informiert die Abteilung RS RE über Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in verschiedene Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren und sonstige rechtliche Verfahren involviert, die eine große Bandbreite von Themen betreffen, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen und der Verwertung von Sicherheiten sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatz-, Rückerstattungsansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben.

Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu weiteren Inanspruchnahmen der SaarLB führen. Im Bauspargeschäft ist dabei zu beachten, dass die SaarLB von der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Wirksamkeit der Kündigungen von Bausparverträgen zehn Jahre nach Erreichung der Zuteilungsreife nicht betroffen ist, da derartige Kündigungen bislang nicht ausgesprochen worden waren.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2016 unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes Rückstellungen von insgesamt TEUR 1.030 (Vorjahr: TEUR 1.149) gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Abs. 5 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung mit der Abteilung Finanzen und Meldewesen, durch den Unternehmensbereich Personal und Organisation mit der Abteilung Organisation und IT, durch die Interne Revision sowie durch die Abteilung Risikocontrolling unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen und Meldewesen

Die Abteilung Finanzen und Meldewesen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des

Abschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben gehört in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen und Meldewesen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 verzichtet die SaarLB gemäß § 290 Abs. 5 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses, da sie nur Tochterunternehmen hat, die gemäß § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden müssen. Es wurde ein Projekt initiiert, um die notwendigen aufbau- und ablauforganisatorischen sowie IT-technischen Anpassungen, die aus dem Verzicht eines IFRS-Konzernabschlusses resultieren, umzusetzen.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB zahlreiche interne Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses wird die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und es werden Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung. Zur Umsetzung aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen hat die Bank im Jahr 2015 ein Projekt mit den Themenkreisen Informationsrisikomanagement, Notfallmanagement und individuelle Datenverarbeitung aufgesetzt und im Geschäftsjahr 2016 fortgeführt. Der Abschluss des Projekts ist im laufenden Geschäftsjahr vorgesehen.

IMMOBILIENRISIKO

Das Immobilienrisiko ist definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des SaarLB-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.) oder geschlossener Immobilienfonds, die die SaarLB zur Vermögensanlage erwirbt.

Der ehemals eigene Immobilienbestand der SaarLB wurde 2005 in einen geschlossenen Immobilienfonds eingebracht. Die SaarLB ist 100%iger Anteilseigner des Fonds und Mieter in den selbst

genutzten Flächen. Die technische Objektbetreuung wird durch die SaarLB, die kaufmännische Immobilienverwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht.

Es erfolgt eine regelmäßige jährliche Bewertung aller Immobilien durch einen unabhängigen Gutachterausschuss; die Gutachten werden der SaarLB zur Kenntnisnahme und ggf. Stellungnahme vorgelegt. Hierbei werden aktuelle Marktgegebenheiten und Entwicklungen von Mietpreisen ebenso berücksichtigt wie die jeweilige Vermietungssituation in den Gebäuden und durchgeführte Maßnahmen in den Objekten. Zuschreibungen aufgrund wertsteigernder Maßnahmen in den Objekten erfolgen unter Berücksichtigung der stabilen Werterhaltung in Abstimmung mit dem Bereich Gesamtbanksteuerung der SaarLB.

Durch die ständige Tätigkeit der technischen Objektbetreuung wird dem Auftrag des Anlageausschusses nach Wertstabilität Rechnung getragen. Zur umsichtigen Steuerung der Werterhaltung der Immobilien wird jährlich ein Wirtschaftsplan für alle Immobilien erstellt und dem Fonds zur Genehmigung vorgelegt. Laufende Maßnahmen werden im Rahmen dieses Wirtschaftsplanes durchgeführt und – in Abhängigkeit vertraglich definierter Betragsgrenzen – dem Fonds jeweils zur Genehmigung vorgelegt. Für die Durchführung nicht im Vorfeld geplanter Maßnahmen ist in jedem Fall eine Sonderfreigabe des Fonds erforderlich.

Im Rahmen der kaufmännischen Immobilienverwaltung erfolgt eine ständige Steuerung und Überwachung der Vermietungen mit dem Ziel der Vollvermietung, der frühzeitigen Gegensteuerung bei auslaufenden Mietverhältnissen und der Optimierung des Branchenmix. Der Anlageausschuss legt mindestens einmal jährlich Ziele und Strategie fest; die SaarLB ist durch den Fachvorstand des Bereiches Strategie und Zentraler Stab sowie die Bereichsleitung Strategie und Zentraler Stab vertreten.

Das Immobilienrisiko wurde im Zuge der Risikoinventur im Jahr 2016 nicht mehr als wesentliche Risikoart klassifiziert. Daher entfällt ab dem Berichtsstichtag 31.12.2016 die Berücksichtigung dieser Risikoart bei der Berechnung der Risikotragfähigkeit. Potenzielle Risiken aus unwesentlichen Risikoarten sind durch einen Puffer von mindestens 20 % der allozierbaren Deckungsmasse abgedeckt.

REPUTATIONSRISIKO

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Entsprechend der ab dem Berichtsstichtag 31.12.2016 gültigen Risikostrategie wird künftig auf eine Quantifizierung dieser Risikoart verzichtet. Es erfolgt stattdessen eine qualitative Einwertung der Abteilung SZ KV im quartalsweisen Risikobericht.

STRATEGISCHES RISIKO/GESCHÄFTSRISIKO

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen oder durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe adressiert.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOLAGE

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der Sicht der COREP-Meldung zu den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu entsprechenden negativen wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Eine Änderung der Geschäftsstruktur bzw. des Geschäftsmodells der Bank als deutsch-französische Regionalbank ist grundsätzlich nicht geplant.

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die SaarLB stützt sich bei der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung auf aktuelle Einschätzungen externer Institutionen, wie zum Beispiel die für die Bank relevanten Banken- und Wirtschaftsverbände.

Ein Auslöser für die Verunsicherung der Märkte zu Beginn des Jahres 2017 ist der amerikanische Richtungswechsel unter dem neuen Präsidenten Trump, da die Auswirkungen für den Welthandel noch nicht abgeschätzt werden können. Eine Stärkung des amerikanischen Protektionismus würde auch Deutschland treffen; die USA machen rd. 9 % der deutschen Warenexporte und 6 % der Importe aus. Darüber hinaus tragen der Brexit und die anstehenden Wahlen in Europa zur Verunsicherung bei. Hinzu kommen Unsicherheiten aufgrund der Bankenkrise in Italien und die anhaltenden Schwierigkeiten in Griechenland.

Für **Deutschland** wird im Jahr 2017 dennoch mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % gerechnet, auch da das deutsche Wachstum fast ausschließlich vom privaten und öffentlichen Konsum ausgeht. Positive Einflussfaktoren sind steigende Realeinkommen und die Zunahme der Beschäftigung, wohingegen die höhere Inflation den Konsumzuwachs wohl etwas verlangsamen wird. Die Aussichten für die Unternehmen werden vor dem Hintergrund von überdurchschnittlichen Bestellungen aus dem Ausland zwischen September und November 2016 als erfreulich gewertet. Dennoch wird für das Jahr 2017 kein positiver Wachstumsbeitrag durch den Außenhandel erwartet. Die Bauinvestitionen sollen sich auch 2017 weiter steigern, da der Bedarf an neuen Wohnungen hoch ist und im öffentlichen und Wirtschaftsbau die Nachfrage zunimmt.

Das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) signalisiert zum Jahresauftakt 2017 kräftige Zuwachsraten bei der Wirtschaftsleistung. Für das erste Quartal 2017 wird eine Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt von 0,6 % prognostiziert.

Die Deutsche Bundesbank sieht die deutsche Wirtschaft aktuell ebenfalls in einem soliden Aufschwung. In den kommenden Jahren wird allerdings mit einer Eintrübung der Rahmenbedingungen gerechnet, da die Beschäftigung demografisch bedingt weniger stark wachsen wird und die steigenden Energiepreise die Kaufkraft der Verbraucher schmälern werden. Dies wird teilweise durch den erwarteten Anstieg des Auslandsgeschäftes kompensiert werden können. In diesem Kontext rechnet die Deutsche Bundesbank mit einem kalenderbereinigten Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,6 % bzw. 1,5 % im Jahr 2018 bzw. 2019.

Das im Januar 2017 veröffentlichte ifo-Geschäftsklima zeigt für Deutschland hingegen eine gedämpfte Entwicklung im neuen Jahr. Der Index sank im Januar von 111,0 auf 109,8 Punkte. Die

Unternehmen waren zwar erneut zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage, jedoch blicken sie weniger optimistisch auf die kommenden sechs Monate. Im verarbeitenden Gewerbe ist der Index durch eine merklich weniger optimistische Geschäftserwartung gesunken. Mit ihrer aktuellen Lage waren die Unternehmen hingegen nochmals zufriedener. Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima nach einem Zwischenhoch im Dezember wieder verschlechtert. Die Händler beurteilten ihre aktuelle Lage auf hohem Niveau etwas weniger gut. Der Ausblick bleibt verhalten. Auch das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe gab nach. Die Baufirmen nahmen ihren Optimismus zurück, der Index der aktuellen Lage stieg jedoch auf einen neuen Höchststand.

Im **Saarland** ist der Lageindikator der IHK Saarland im Januar 2017 um 0,4 Punkte auf 31,5 Zähler gefallen. Er bewegt sich aber damit noch immer auf einem relativ hohen Niveau. Trotz beträchtlicher Unsicherheit über den künftigen wirtschafts- und handelspolitischen Kurs der USA und der Ankündigung eines harten Brexit ist die Saarländische Wirtschaft zuversichtlich bezüglich des ersten Halbjahres 2017. Der IHK-Erwartungsindikator stieg um 2,8 Punkte auf 6,1 Zähler. Dies ist der höchste Wert seit zweieinhalb Jahren.

Gemäß dem aktuellen Konjunkturbericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern **Rheinland-Pfalz** (Stand: Januar 2017) bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin als positiv. Trotz zunehmender weltwirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Risiken zeichnet die rheinland-pfälzische Wirtschaft ein deutlich positives Stimmungsbild. Die gute Arbeitsmarktlage stärkt die Binnennachfrage und stützt die konjunkturelle Entwicklung. Der IHK-Konjunkturklimaindikator legte daher gegenüber dem Herbst 2016 um 6 Punkte zu.

Das Wirtschaftswachstum in **Frankreich** kann nicht an die Entwicklung in Europa anschließen und bleibt somit weiterhin hinter der Entwicklung in Deutschland zurück. Gemäß einer Veröffentlichung der Banque de France wird die Binnennachfrage und insbesondere der private Konsum weniger stark zum Wirtschaftswachstum beitragen als dies noch 2016 der Fall war. Begünstigt wird das französische Wirtschaftswachstum durch das Wachstum in der Eurozone, das durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank begünstigt wird. Der Außenhandel wird im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen er das Wachstum gedämpft hat, für 2017 auf einem neutralen Niveau gesehen. Dies unterstreicht die Wettbewerbsschwäche der französischen Wirtschaft. Die Inflationsrate, die im Jahr 2016 bei 0,3 % lag, soll im Jahresverlauf auf 1,2 % ansteigen. Die Ausrüstungen weisen seit Mitte 2015 eine hohe Dynamik auf und Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen sind im Jahr 2016 stärker gestiegen als in Deutschland. Dies wird als Beleg dafür gewertet, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zu greifen beginnen. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen sind durch die Senkung der Sozialbeiträge und Steuern sowie neue Abschreibungsmöglichkeiten verbessert worden. Die dringend erforderlichen Maßnahmen am Arbeitsmarkt werden allerdings kaum umsetzbar sein, was die Streiks in 2016 gezeigt haben. Es wird auch erwartet, dass die anstehende Präsidentschaftswahl im April 2017 die Reformen zusätzlich bremst.

Das **Bundeskabinett** hat am 14.11.2016 den nationalen Klimaschutzplan 2050 beschlossen. Langfristziel ist die weitgehende Treibhausgasneutralität Deutschlands bis Mitte des Jahrhunderts. Um dies zu erreichen, werden konkrete Meilensteine und Handlungsfelder definiert. Sowohl im Bereich der Strom- als auch der Wärmebereitstellung steht eine Steigerung der Effizienz im Fokus mit dem Ziel, den Energiebedarf aller Sektoren nachhaltig zu senken. Hierzu soll die direkte Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut werden und vermehrt Strom aus erneuerbaren Energiequellen für Wärme, Verkehr und Industrie zur Verfügung gestellt werden.

In **Frankreich** hat der Staat am 18.11.2016 die Bereitstellung von weiteren Mitteln angekündigt: EUR 446 Mio. sollen für die Schließung des Atomkraftwerkes Fessenheim und EUR 500 Mio. für den Fonds zur Finanzierung der Energiewende (Fonds de financement pour la transition énergétique, FFTE) für die Jahre 2016 und 2017 bereitgestellt werden. Mit einem Volumen von insgesamt EUR 1,5 Mrd., das über einen Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung gestellt wird, werden im Wesentlichen der Fonds für erneuerbare Wärme aufgestockt und Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Privatgebäuden finanziert.

Nach den bisherigen Entwicklungen auf den **Geld- und Kapitalmärkten** erwarten wir den Dreimonatszinssatz für unbesichertes Interbankengeschäft für die erste Jahreshälfte 2017 bei rund -0,20 %. Für den langfristigen 10-Jahres-Satz (Swap-Satz) erwartet die Bank einen Seitwärtstrend bei ca. 0,80 %. Damit wird auch in der ersten Jahreshälfte 2017 das Zinsniveau auf einem niedrigen Stand verbleiben.

PROGNOSE ZUR ERTRAGSLAGE DER BANK

Die SaarLB erwartet für das Geschäftsjahr 2017 – unter der Prämisse der angenommenen Wirtschaftslage und der Zinsprognose – eine leicht rückläufige Ergebnisentwicklung der Kerngeschäftsfelder. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch eine – im Vergleich zum abgelauteten Geschäftsjahr – höhere Risikovorsorge begründet, die durch erwartete Steigerungen im Zins- und Provisionsergebnis nicht kompensiert werden kann.

Die Bank rechnet mit einem Ergebnis nach Steuern, das eine Dividendenzahlung auf heutigem Niveau ermöglicht, jedoch das aktuelle Ergebnis (vor Berücksichtigung der Zuführungen zu §§ 340f-/340g-Reserven) deutlich unterschreiten wird, da im kommenden Jahr sowohl Sondererträge aus Beteiligungen als auch Steuererstattungen nicht zu erwarten sind.

Das größte Risiko für die SaarLB liegt nach wie vor in einer erneuten Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in Europa und eine damit verbundene weitere Zinserosion, die auch die Entwicklung der SaarLB negativ beeinflussen könnte. Außerdem sehen wir Risiken in den sich weiter ausdehnenden regulatorischen Anforderungen, aber auch in einer weiteren Verschärfung der italienischen Bankenkrise. Die Auswirkungen des Brexits und der geänderten politischen Situation in den USA sind aktuell noch nicht quantifizierbar; sie können ebenfalls noch negative Auswirkungen auf die europäische Wirtschafts- und Finanzlage haben.

Der Zinsüberschuss im Jahr 2017 wird trotz anhaltendem Niedrigzinsniveau voraussichtlich über dem aktuellen Niveau liegen. Dies ist auf höhere Erträge in den Kerngeschäftsfeldern aufgrund von steigenden Volumina, vor allem in den Geschäftsfeldern Firmenkunden, Projektfinanzierungen und Kommunalbank zurückzuführen, aber auch durch ein verbessertes Liquiditäts- und Refinanzierungsmanagement und damit einhergehenden günstigeren Refinanzierungskosten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird auf Basis des kalkulatorischen Expected Loss der Einzelfinanzierungen voraussichtlich deutlich über dem aktuellen Niveau liegen. Die Bank geht nicht davon aus, dass sich das niedrige Risikoergebnis in 2015 und 2016 in diesem Umfang fortsetzen wird.

Der Provisionsüberschuss wird sich voraussichtlich positiv entwickeln und deutlich über dem aktuellen Niveau liegen. Neben der weiteren Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder und

einem verbesserten Neugeschäft erwartet die Bank in 2017 einen positiven Effekt in der Landesbausparkasse.

Für den Verwaltungsaufwand erwartet die Bank in Summe eine leichte Steigerung gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr. Für den Personalaufwand wird – u. a. auch aufgrund der sehr moderaten Tarifierhöhungen und der Realisierung erster Einsparpotenziale – ein gegenüber 2016 leicht geringerer Wert erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen dagegen werden in 2017 voraussichtlich moderat über dem aktuellen Ergebnis liegen. Begründet ist dieser Anstieg primär in den weiter steigenden regulatorischen Anforderungen, z. B. dem wachsenden Umfang an Reporting-Verpflichtungen gegenüber den Aufsichtsbehörden sowie durch die gestiegenen Anforderungen an das IT-Management und das IT-Sicherheitsmanagement. Zudem erwartet die Bank für 2017 zusätzliche Aufwendungen im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Strategie- und Strukturprojekt, durch das dann mittelfristig deutliche Entlastungen im Verwaltungsaufwand realisiert werden sollen.

PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSSEGMENTE

Im Segment **Firmenkunden** wird insgesamt ein leichtes Wachstum im Geschäft mit deutschen und französischen mittelständischen Unternehmen erwartet, das insbesondere durch ein weiterhin steigendes Darlehensneugeschäft getragen wird. Im Kommunalgeschäft Frankreich wird aufgrund des fortgesetzten hohen Wettbewerbs eher von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen. Alle Teilsegmente belasten fehlende Impulse im kurzfristigen Kreditgeschäft, was der guten Liquiditätslage der Unternehmen bzw. dem weiterhin hohen Margendruck im Kommunalgeschäft Frankreich geschuldet und letztlich auch auf das sehr niedrige Zinsumfeld zurückzuführen ist.

Im Segment **Immobilien** ist vor dem Hintergrund weiterhin sehr niedriger bis negativer Zinsen auf mittlere Sicht mit haussierenden Immobilienmärkten in Deutschland und Frankreich zu rechnen. Insgesamt besteht dadurch trotz eines sehr schwierigen Wettbewerbsumfelds eine gute Ausgangssituation für 2017.

Das Segment **Projekte** war 2016 – getrieben vom Niedrigzinsumfeld – von einem deutlich aggressiven Wettbewerb in beiden Kernmärkten sowohl auf Anbieter- als auch auf der Nachfrageseite gekennzeichnet. Dieser Trend wird sich auch 2017 fortsetzen. Dank konsequenter Fokussierung auf unsere Kernkunden in Verbindung mit innovativen und komplexeren Projekten und einem hohen Maß an Verbindlichkeit für unsere Projekte in der Geschäftsanbahnung rechnen wir auch weiterhin mit einem stabilen Neugeschäft in einem anspruchsvollen Marktumfeld, vor allem in Frankreich.

Das Segment **Private und Institutionelle** wird sich auch im kommenden Jahr verstärkt auf das Einlagen-, Platzierungs- und Dienstleistungsgeschäft mit institutionellen Anlegern und vermögenden Privatkunden konzentrieren und dadurch das Provisionsergebnis weiter steigern. Für das Zinsergebnis wird – insbesondere getrieben vom Niedrigzinsumfeld der Passivseite – von einem moderaten Rückgang ausgegangen. Zusätzliche Potenziale ergeben sich im Segment Private und Institutionelle aus steigenden Provisionserträgen im Wertpapiergeschäft und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produkt- und Dienstleistungspalette.

Das Segment **Kommunalbank** fokussiert sich auch in 2017 weiterhin auf Kommunen und kommunalnahe Unternehmen und wird die Vertriebsaktivitäten weiter ausbauen, was einen

steigenden Zinsüberschuss erwarten lässt. Das Provisionsergebnis ist stark geprägt von Provisionszahlungen an Partner-Sparkassen und daher schwierig planbar. Es wird mit einem Ergebnis auf Vorjahresniveau gerechnet.

Das Segment **Verbundbank** wird primär von der Entwicklung der LBS beeinflusst, wobei das anhaltend niedrige Marktzinsniveau die Ertragsmöglichkeiten der Landesbausparkasse einschränkt. Die Passivseite der Bausparkasse ist durch fixe Zinszahlungen auf die Bauspareinlagen geprägt, während die Aktivseite mit dem Kreditgeschäft und den Anlagemöglichkeiten größtenteils von den aktuellen Marktkonditionen abhängig ist. Es wird mit einem leicht steigenden Zinsüberschuss gerechnet, der aus steigenden Volumina bei einer zurückgehenden Marge resultiert. Durch die weiterhin angenommene positive Neugeschäftsentwicklung der LBS wird auch in 2017 das Provisionsergebnis durch die zu zahlenden Vermittlungsprovisionen geprägt.

Das Segment **Treasury und Portfoliomanagement** wird im Rahmen des Risiko- und Ertragsmanagements die aktive Portfoliosteuerung fortführen. Hierbei stehen eine moderate Hebelerhöhung im Zinsbuch sowie die weitere Optimierung des Collateral-Bestandes im Vordergrund. Aus diesen Maßnahmen wird ein stabiler bis leicht verbesserter Ergebnisbeitrag erwartet.

ERWARTETE KAPITAL- UND RISIKOPOSITIONEN

Mit den zum Jahresende ausgewiesenen Kapitalquoten verfügt die SaarLB über eine sehr gute Kapitalbasis. Die Kapitalquoten konnten im vergangenen Jahr signifikant gesteigert werden. Für einen Kapitalbestandteil, der von der nationalen Aufsicht zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde. Die Bank erwartet, dass im ersten Halbjahr eine Einigung erzielt werden kann.

Bei den aufsichtsrechtlichen Risikopositionen gehen wir im kommenden Jahr von einer moderaten Steigerung auf EUR 6,3 Mrd. bis EUR 6,5 Mrd. aus. Der Zuwachs resultiert vor allem aus geplantem Neugeschäft und dem damit einhergehenden Bestandsaufbau.

Unter Berücksichtigung der Eigenkapitalstärkung aus dem Jahresergebnis 2016 und der geplanten Risikopositionen rechnet die Bank für das kommende Geschäftsjahr mit leicht fallenden Kapitalquoten.

PROGNOSE UND CHANCEN AUS REGULATORISCHEN VERFAHREN

Trotz der soliden aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung nach Basel III gibt es auch in 2017 weitere Herausforderungen aus laufenden und neuen regulatorischen Verfahren auf supranationaler Ebene. Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat Anfang September 2015 den Start der Projektuntersuchungsphase zur Implementierung eines granularen statistischen Kreditmeldewesens (**Analytical Credit Dataset – AnaCredit**) gebilligt. Der im Dezember 2015 veröffentlichte Verordnungsentwurf der EZB konkretisiert die Anforderungen und Meldepflichten in der ersten Umsetzungsstufe ab März 2018. Damit werden Kreditinstitute aktivische Einlagen und Kredite gegenüber juristischen Personen ab 25.000 EUR und ab 100 EUR bei notleidenden Engagements melden müssen. Für das zweite Halbjahr 2017 ist eine erste Stammdatenmeldung vorgesehen. Die granularen Meldepflichten für Daten aus verschiedenen fachlichen Dimensionen und Systemen stellt Banken insbesondere hinsichtlich Datenverfügbarkeit und -qualität vor große Herausforderungen. Die SaarLB wird – in Abhängigkeit der Empfehlungen durch den

zuständigen Bankenverband – entsprechende Umsetzungsmaßnahmen einleiten. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht überarbeitet unter dem Stichwort „**Basel IV**“ die Standardansätze für das Kredit- und Marktrisiko sowie für das operationelle Risiko. Die Konsultationen sind abgeschlossen, ein erster Entwurf wurde im November 2016 veröffentlicht. Der ursprüngliche Zeitplan zur Umsetzung in EU-Recht ab 2019 erscheint aber fraglich. Am 6. Januar 2016 wurde von Seiten des Bundeskabinetts der Regierungsentwurf eines Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetzes beschlossen. Dieses Gesetz dient in erster Linie der Anpassung an neue europäische Vorgaben. Diese sollen die Integrität und Transparenz der Kapitalmärkte stärken und den Anlegerschutz verbessern. Es handelt sich um die Marktmissbrauchsrichtlinie, die Marktmissbrauchsverordnung, die Zentralverwahrer- und die PRIIPs-Verordnung (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products Regulation). Das Gesetz wurde im ersten Halbjahr 2016 verabschiedet und sieht ein abgestuftes Inkrafttreten der Regelungen vor.

GESAMTAUSSAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS

Auf Basis der aufgezeigten wirtschaftlichen und geschäftlichen Entwicklung rechnet die **SaarLB** für das Jahr 2017 in etwa mit einem auf dem aktuellen Niveau liegenden Jahresüberschuss nach HGB. Insofern gehen wir auch für das kommende Jahr davon aus, eine Dividende in gleicher Höhe an unsere Anteilseigner zahlen zu können.

Dabei gehen wir allerdings davon aus, dass wir keine Zuführungen in gleicher Höhe wie im Geschäftsjahr 2016 zu den § 340g-Reserven vornehmen können.

Begründet ist dies vor allem in den nicht in gleicher Höhe zu erwartenden Sondererträgen aus Beteiligungen und Steuerrückerstattungen sowie den Mehrausgaben aufgrund der steigenden regulatorischen Anforderungen und dem bereits erwähnten Strategie- und Strukturprojekt der Bank.

Darüber hinaus können wir nicht davon ausgehen, dass sich das Risikoergebnis in 2017 auf dem niedrigen Niveau der vergangenen Jahre bewegt. Für das kommende Jahr rechnen wir deshalb damit, dass sich die Risikovorsorge dem rechnerischen Erwartungswert wieder annähern wird.

Der Return on Equity (vor Steuern) wird aufgrund der oben dargestellten Erwartungen voraussichtlich deutlich unter dem aktuellen Niveau verbleiben.

Die Cost Income Ratio wird trotz der zu erwartenden Mehrausgaben auf dem aktuellen Niveau verbleiben. Auch bei der RWA-Rentabilität erwarten wir zum Jahresende 2017 ein gegenüber 2016 gleichbleibendes Niveau.

Saarbrücken, 20. März 2017

Landesbank Saar
Der Vorstand

Werner Severin

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

Jahresabschluss der SaarLB

BILANZ ZUM 31.12.2016 DER LANDESBANK SAAR

Aktivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.536.511,67		1.306
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		59.278.843,80		210.478
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	59.278.843,80		(210.478)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	60.815.355,47	0
				211.784
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		688.137.151,16		1.054.679
b) andere Forderungen		913.416.910,77	1.601.554.061,93	771.126
darunter:				1.825.805
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		0
Kommunalkredite	EUR	4.400.166,91		(6.012)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			9.418.904.831,27	8.883.910
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.473.237.029,01		(1.539.266)
Kommunalkredite	EUR	2.099.567.529,64		(1.882.991)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	25.180.465,96		(31.672)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	531.782.452,08		(470.513)
sonstige Baudarlehen	EUR	254.103.578,67		(228.514)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	687.719.475,03		(626.209)
			Übertrag:	11.081.274.248,67
				10.921.499

Passivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		131.565.758,71		95.541
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.085.094.988,08		3.481.697
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	10.000.000,00		(10.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	160.110.788,49		(131.679)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
c) Bauspareinlagen		11.200.194,84	3.227.860.941,63	0
darunter:				3.577.238
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		804.266,23		528
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		3.664.391,48		385
ac) Bauspareinlagen		702.708.825,33	707.177.483,04	642.643
darunter:				643.556
auf gekündigte Verträge				(1.187)
auf zugeteilte Verträge				(18.070)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.290.215.349,56		1.512.881
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.330.848.074,09	4.621.063.423,65	3.084.805
				4.597.686
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	34.500.000,00		(40.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	888.800.000,00		(651.536)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
			Übertrag:	8.556.101.848,32
				8.818.480

Aktivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	11.081.274.248,67	10.921.499
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR			0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				(0)
ba) von öffentlichen Emittenten	360.521.605,90			503.802
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 360.521.605,90			(503.802)
bb) von anderen Emittenten	1.359.405.452,94	1.719.927.058,84		1.598.500
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 1.112.771.936,96			2.102.302
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR			(1.322.585)
c) eigene Schuldverschreibungen		7.648.857,42	1.727.575.916,26	19.740
Nennbetrag	EUR 7.700.000,00			2.122.042
				(19.500)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			379.067.132,14	361.624
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			17.333.091,99	58.659
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 1.359.913,77			(41.893)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			350.000,00	350
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
9. Treuhandvermögen			2.826.392,80	5.175
darunter:				(5.175)
Treuhandkredite	EUR 2.826.392,80			
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
		Übertrag:	13.208.426.781,86	13.469.350

Passivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	8.556.101.848,32	8.818.480
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.631.878.071,29		3.659.237
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	348.260.542,22		(402.511)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	571.540.517,13		(504.214)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.712.077.011,94		(2.752.512)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0	3.631.878.071,29	0
darunter:				3.659.237
Geldmarktpapiere	EUR	0,00		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00		(0)
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.826.392,80	5.175
darunter:				
Treuhandkredite	EUR	2.826.392,80		(5.175)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			29.101.655,49	29.849
6. Rechnungsabgrenzungsposten			37.617.303,17	33.574
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	10.507.657,64		(12.841)
andere	EUR	27.109.645,53		(20.732)
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		28.651.686,00		28.682
b) Steuerrückstellungen		18.388.513,98		15.739
c) andere Rückstellungen		17.583.439,72	64.623.639,70	18.650
				63.071
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung			21.000,00	21
		Übertrag:	12.322.169.910,77	12.609.407

Aktivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	13.208.426.781,86	13.469.350
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.029.800,00		1.323
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		2.874.935,35	3.904.735,35	2.365
				3.688
12. Sachanlagen			3.398.644,57	2.254
13. Sonstige Vermögensgegenstände			26.134.546,98	51.874
14. Rechnungsabgrenzungsposten			30.799.611,96	24.672
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 12.506.588,18			(10.122)
andere	EUR 18.293.023,78			(14.550)
15. Aktive latente Steuern			17.106.972,93	13.874
Summe der Aktiva			13.289.771.293,65	13.565.712

Passivseite

	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	12.322.169.910,77	12.609.407
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			25.500.000,00	25.500
9. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			219.699.856,84	209.645
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	385.000,00		(330)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		250.119.407,03		250.119
ab) Stille Einlagen		243.053.302,18	493.172.709,21	243.053
				493.173
b) Kapitalrücklage			69.084.905,58	69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen		63.744.581,76		62.701
cb) andere Gewinnrücklagen		87.010.680,85	150.755.262,61	77.913
				140.615
d) Bilanzgewinn			9.388.648,64	18.288
				721.160
Summe der Passiva			13.289.771.293,65	13.565.712

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		410.137.469,54		421.797
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	410.137.469,54	0
				421.797

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		937.242.221,17	937.242.221,17	1.067.759
				1.067.759

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LANDESBANK SAAR FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016

			2016		2015
	EUR		EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			248.474.425,22		265.521
darunter:					
Zinserträge der Bausparkasse					
aus Bauspardarlehen	EUR	1.363.554,50			(1.798)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	15.828.797,05			(14.755)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	6.823.321,55			(7.295)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			28.049.348,42	276.523.773,64	43.567
					309.088
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen					
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften			-5.425.774,81		-355
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			0,00	-5.425.774,81	271.097.998,83
					0
					-355
3. Zinsaufwendungen					
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft				178.094.021,09	203.564
darunter:					105.328
für Bauspareinlagen	EUR	11.537.085,45			(11.609)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen					
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)				3.646.706,25	174.447.314,84
					257
					96.650.683,99
5. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				9.708.024,13	8.356
b) Beteiligungen				3.281.867,96	800
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0,00	12.989.892,09
					0
					9.155
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					83.698,50
					24.372
7. Provisionserträge				24.776.702,23	27.694
darunter:					
Provisionserträge der Bausparkasse					
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	5.759.137,62			(6.009)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00			(11)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00			(0)
				Übertrag:	109.724.274,58
					166.648

			2016	2015	
			EUR	TEUR	
			Übertrag:	109.724.274,58	166.648
8. Provisionsaufwendungen			14.010.791,39	10.765.910,84	14.272
darunter:					13.422
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	10.034.938,66			(10.645)
9. Nettoertrag des Handelsbestandes				487.834,80	411
darunter:					
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	55.000,00			(45)
10. Sonstige betriebliche Erträge				5.003.264,05	7.162
darunter:					
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	0,00			(896)
11. Allgemeine Verwaltungs-aufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			35.974.735,13		35.509
ab) Soziale Abgaben und Aufwen-dungen für Altersversorgung und für Unterstützung			8.727.095,63	44.701.830,76	9.005
darunter:					44.514
für Altersversorgung	EUR	2.858.801,85			(3.371)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			40.838.782,38	85.540.613,14	35.304
					79.818
12. Abschreibungen und Wertberichti-gungen auf immaterielle Anlagewer-te und Sachanlagen				1.743.704,84	1.657
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.792.428,93	7.261
darunter:					
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR	192.339,04			(0)
14. Abschreibungen und Wertberichti-gungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				16.259.406,23	12.886
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.000.000,00		25.000
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	-10.000.000,00	0
					-25.000
17. Abschreibungen und Wertberichti-gungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.462.690,81		4.233
			Übertrag:	8.645.131,13	29.094

	EUR	2016 EUR	EUR	2015 TEUR
		Übertrag:	8.645.131,13	29.094
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		8.068.524,33	5.605.833,52	6.862
				2.628
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme			36.701,97	32
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			14.214.262,68	35.924
21. Außerordentliche Erträge		0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen		344.859,00		345
23. Außerordentliches Ergebnis			-344.859,00	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.365.421,63		15.375
darunter:				
Latente Steuern	EUR -3.232.671,91			(-3.043)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		72.150,23	3.437.571,86	-116
				15.259
26. Jahresüberschuss			10.431.831,82	20.320
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		1.043.183,18		2.032
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	1.043.183,18	0
				2.032
28. Bilanzgewinn			9.388.648,64	18.288

EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22, der am 23. Februar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Die SaarLB folgt der Empfehlung zur früheren vollumfänglichen Anwendung bereits zum 31. Dezember 2016. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2016	250.119	243.053	69.085	62.701	77.913	18.288	721.160
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	1.043	9.097	-10.140	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-	-9.191	-9.191
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	10.432	10.432
Stand 31.12.2016	250.119	243.053	69.085	63.744	87.011	9.389	722.402

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2016
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	9.389
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	30.562
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.097
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-638
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-8.029
Sonstige Anpassungen (Saldo)	0
Zwischensumme	20.798
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile	
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	216.200
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-560.251
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-7.102
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	19.627
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-337.439
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	85.688
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	-27.359
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	3.296
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-109.724
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	3.365
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	293.418
Gezahlte Zinsen	-187.768
Außerordentliche Einzahlungen	91
Außerordentliche Auszahlungen	0
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-3.964
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-581.390
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	596.566
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-164.962
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	85
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.108
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.067
Cashflow aus Investitionstätigkeit	428.514
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	11.098
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.191
Sonstige Auszahlungen	0
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.907
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	211.784
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-581.390
Cashflow aus Investitionstätigkeit	428.514
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.907
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	60.815

Inhalt – Anhang 2016

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	69
(1) Grundlagen	69
(2) Währungsumrechnung.....	69
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	69
Angaben zur Bilanz	72
(4) Allgemeines.....	72
(5) Aktiva	73
(6) Passiva	77
(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten.....	79
(8) Latente Steuern	80
(9) Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	80
Sonstige Angaben	81
(10) Gewinnverwendung	81
(11) Nachtragsbericht	81
(12) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind.....	81
(13) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	82
(14) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften	83
(15) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen	85
(16) Zahl der Beschäftigten	85
(17) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	86
(18) Honorar für den Abschlussprüfer	86
(19) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen.....	86
(20) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	86
Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft	87
(21) Weitergeführter Altbestand nach § 51 PfandBG.....	87
(22) Neubestand	88
(23) Anteilsbesitz.....	93
(24) Verwaltungsorgane der SaarLB.....	94
(25) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	96
(26) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien	97

ANHANG

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2016 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Positionen wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangsangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

In 2016 ist die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB entfallen, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden müssen. Damit wird zum 31.12.2016 kein Konzernabschluss nach IFRS mehr erstellt.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2016 umgerechnet worden. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs, die schwebenden Termingeschäfte zum Stichtagsterminkurs umgerechnet. Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB), saldiert in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 201.883 bzw. TEUR 194.356.

(3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Folgende Nutzungsdauern werden bei der SaarLB in der Regel zugrunde gelegt:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3-15 Jahre
- Immaterielle Vermögensgegenstände 3-5 Jahre.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen wurden nicht aufwandswirksam erfasst. Zur präziseren Darstellung der Vermögens- und Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte im Sinne des § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verleihe Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 252 ff. HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme auf Einzelkontenebene ermittelt. Dabei werden die geschätzten Cashflows mit dem Effektivzinssatz abgezinst. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis historischer

Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste ermittelt. Im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 4,00 % p. a., ein Anwartschaftstrend von 2,5 % p. a. sowie ein Rententrend von 2 % p.a. zugrunde.

Erstmals waren die geänderten Vorschriften des § 253 Abs. 6 HGB zur Ermittlung des Abzinsungssatzes für langfristige Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen anzuwenden. Die Abzinsung erfolgt nunmehr mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Bisher war der laufzeitadäquate durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre anzuwenden. Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2016 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde aufgrund des stark gesunkenen Zinsniveaus gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2005G dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art. 67 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d. h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt. Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2016 auf einen Betrag von TEUR 2.759 (31.12.2015: TEUR 3.104). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 3.255. Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 601 (31.12.2015: TEUR 642), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten, die den beizulegenden Zeitwerten entsprechen, TEUR 601 (31.12.2015: TEUR 642) betragen. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 601 (31.12.2015: TEUR 642) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. von TEUR 20 (2015: TEUR 31) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet

Im Übrigen werden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (veröffentlicht durch die Deutsche Bundesbank) abgezinst, sofern der Abzinsungseffekt wesentlich ist.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (ausschließlich Bürgschaften i. H. v. TEUR 410.137) ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich. Diese Einschätzung

beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen (TEUR 937.242) erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Posten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet (Volumen per 31.12.2016: EUR 3.045 Mio., 31.12.2015: EUR 2.610 Mio.). Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate, deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäftes noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäftes, jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels critical term match. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt per 31.12.2016 TEUR 151.374 (31.12.2015: TEUR 156.747).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swap-Geschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

Die SaarLB setzt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 HGB an. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2016 wurde ein Steuersatz von 32,975 % (31.12.2015: 31,57 %) zugrunde gelegt.

Angaben zur Bilanz

(4) ALLGEMEINES

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz erfolgen entsprechend der Reihenfolge der Ausweispositionen.

(5) AKTIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.190	6.212
	Nachrangige Forderungen	10.000	15.000
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	344.154	416.614
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	19.589	54.604
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	7
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.719	18.641
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	2.802.226	2.502.336
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	a) Geldmarktpapiere		
	ab) von anderen Emittenten		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	360.522	503.802
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	1.359.405	1.531.045
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	67.455
	nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	7.649	19.740
	verbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	verbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 6	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
Pos. 9	Treuhandvermögen		
	Forderungen an Kunden	2.826	5.175
Pos. 12	Sachanlagen		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen:		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	-	22.496
	Steuererstattungsansprüche	17.297	17.282
	Sicherheitsleistungen bei Börseneinrichtungen	-	6.531
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.647	1.965
Pos. 14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Anleihen	3.705	3.796
	Agioabgrenzung aus Forderungen und begebenen Anleihen	8.802	6.327

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

Anlagevermögen	historische AK zum 01.01.2016	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016	Buchwert zum 31.12.2016	Abschreibungen lfd. Jahr
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen ³⁾	16.449	2.108	161	-	-	14.997	3.399	894
Immaterielle Anlagewerte	9.461	1.067	221	-	-	6.402	3.905	850
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.096	557	221	-	-	6.402	1.030	850
geleistete Anzahlungen	2.365	510	-	-	-	-	2.875	-
Beteiligungen	61.184	125	40.797	-	-	3.179	17.333	654
Anteile an verbundenen Unternehmen	350	-	-	-	-	-	350	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.132.075			-435.327 ¹⁾			1.696.748	17.216
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	329.528			4.914 ¹⁾²⁾			334.442	1.753

¹⁾ Es handelt sich hierbei um eine Nettoveränderung gem. § 34 Abs. 3 RechKredV.

²⁾ Anteile an Spezialfonds

³⁾ davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude: TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung: TEUR 3.399

Der Buchwert (inkl. anteiliger Zinsen i.H.v. TEUR 23.179) der (börsenfähigen) Schuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, beträgt TEUR 1.719.927, der beizulegende Zeitwert (inkl. anteiliger Zinsen) TEUR 1.769.851; darin enthalten sind Wertpapiere mit stillen Lasten mit einem Buchwert i.H.v. TEUR 180.972 (Vorjahr: TEUR 472.497) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 179.083 (Vorjahr: TEUR 467.090) sowie Wertpapiere mit stillen Reserven mit einem Buchwert i.H.v. TEUR 1.535.936 (Vorjahr: TEUR 1.629.894) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 1.587.749 (Vorjahr: TEUR 1.678.826). Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, soweit es sich um vorübergehende Wertminderungen handelt. Die SaarLB geht davon aus, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nennwert zurückgezahlt werden.

Der Buchwert der in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Anteile an Spezialfonds beträgt TEUR 334.442 (Vorjahr: TEUR 316.999). Diese Wertpapiere enthalten keine stillen Lasten. Es wurden außerplanmäßige Abschreibungen i.H.v. TEUR 1.753 (Vorjahr: TEUR 2.760) vorgenommen.

Anlagevermögen	Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2016	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016	Abschreibungen lfd. Jahr	Änderungen in den kumulierten Abschreibungen		
	TEUR	TEUR		Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR
Sachanlagen	14.195	14.997	894	0	-92	
Immaterielle Anlagewerte	5.774	6.402	850	0	-222	

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

	Buchwert (BW) 31.12.2016 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2016 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2016 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterl. AfA 2016 TEUR
Gemischte Fonds						
SaarLB 1-Fonds	158.708	158.708	0	2.832	Ja	-
Anleihenfonds						
SBLB-Fonds	65.544	66.908	1.364	2.380	Ja	-
SBLB 2-Fonds	63.717	67.285	3.568	1.701	Ja	-
SBLBHA-Fonds	30.000	31.086	1.086	1.170	Ja	-
Immobilienfonds						
LBIImmoInvest	44.411	44.661	250	1.200	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Bei den gemischten Fonds sowie bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeaufschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert; darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und Schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial. Aufgrund der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Fonds waren in Vorjahren Abschreibungen des Buchwerts notwendig.

(6) PASSIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	108.146	115.783
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	89.381	76.090
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.494	24.992
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.364	8.966
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.699	4.193
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	128	982
Pos. 5	Sonstige Verbindlichkeiten		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen	16.322	16.322
	Zinsen auf Genussrechtskapital	-	-
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	903	901
	Erhaltene Optionsprämien	6.320	3.129
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	2.295	2.458
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	906	4.743
Pos. 6	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	8.091	9.781
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	2.417	3.060
Pos. 8	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Darlehen	25.500	25.500
	Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Pos. 9	Genussrechtskapital	-	-

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Spezifikation der 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahmen:

- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,424 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0648 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0048 %, Fälligkeit 20.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 3,0 Mio., Zinssatz 4,1779 %, Fälligkeit 30.01.2024
- Schuldscheindarlehen EUR 5,0 Mio., Zinssatz 5,4042 %, Fälligkeit 26.03.2018

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben in Höhe von EUR 20,5 Mio. eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 1.125 (Vorjahr: TEUR 5.402).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(7) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSITIONEN NACH RESTLAUFZEITEN**Aktiva**

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 3b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	bis 3 Monate	243.006	204.113
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	578.591	348.349
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	89.793	211.814
	mehr als 5 Jahre	2.027	6.850
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	bis 3 Monate	475.209	471.871
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	647.181	693.734
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.023.561	2.864.830
	mehr als 5 Jahre	5.125.101	4.562.146
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	147.853	291.329
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	451.486	418.485

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 1b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	bis 3 Monate	652.943	422.365
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	570.052	1.108.739
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	804.796	789.345
	mehr als 5 Jahre	1.057.304	1.161.248
Pos. 2ab)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen		
	bis 3 Monate	804	528
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.664	385
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	-
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	bis 3 Monate	788.155	580.447
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	572.795	803.986
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	455.138	349.135
	mehr als 5 Jahre	1.514.760	1.351.237
Pos. 3a)	Begebene Schuldverschreibungen		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	708.878	379.737

(8) LATENTE STEUERN

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz i. H. v. 32,975 % verwendet. Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	2016		2015	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	14.295	-	10.712	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	1.649	-	1.225
Beteiligungen	75	-	72	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
Sachanlagen	14	-	13	-
Sonstige Vermögensgegenstände	1.238	-	1.185	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-
Rückstellungen	3.134	-	3.117	-
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-	-	-	-
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	17.107	-	13.874	-

(9) ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die negativen Zinsen aus dem Geldmarktgeschäft resultieren aus dem über das Mindestreservoll des Instituts hinausgehenden Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinsen inkl. Vorjahreszahlen und die positiven Zinsen inkl. Vorjahreszahlen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

In der GuV-Position 8 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u. a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 2.419, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 715 sowie TEUR 416 aus der Rückerstattung von Verbandsumlagen des Vorjahres enthalten.

In der GuV-Position 12 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 2.112 sowie Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 794 enthalten.

Die GuV-Position 20 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art. 67 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 3.256 (Vorjahr: TEUR 15.266) auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und mit TEUR 114 (Vorjahr: TEUR 109) auf das außerordentliche Ergebnis.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht vorgenommen.

Sonstige Angaben

(10) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 10.431.831,82.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10 % den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen (GRL) zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Zuführungsbetrag von EUR 1.043.183,18.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn von EUR 9.388.648,64

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	198.148,64
Gewinnausschüttung auf das Stammkapital	9.190.500,00
	9.388.648,64

(11) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

(12) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND

Mietverhältnisse

in TEUR	2016	2015
Künftige Mindestzahlungen aus unkündbaren Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	16.592	18.422
bis 1 Jahr	2.190	1.973
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.610	7.203
mehr als 5 Jahre	6.792	9.246

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit, die Mietzahlungen für ein Jahr sind im Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2016	2015
Nachschussverpflichtungen gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe	-	-
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.482	2.712
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.200	2.315
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	512	2.784
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	4.328	1.199

An das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100 % des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbHG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaft).

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (sog. Bankenabgabe). 15 % des festgesetzten Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

(13) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i. H. v. TEUR 751.442 übertragen:

in TEUR	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	210.956	368.259
Insgesamt	210.956	368.259

Der Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 85 Mio. (Vorjahr: EUR 133 Mio.).

(14) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u. a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2016.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2016	2015	2016	2016
Zinsrisiken				
Zinsswaps	12.321.288	11.372.292	477.315	-398.245
Swaptions	60.000	15.000	-	-3.805
Caps, Floors	994.230	1.416.656	734	-739
Futures	1.230.950	1.087.865	3.357	-3.357
Optionen auf Futures	204.449	210.031	582	-582
Zinsrisiken insgesamt	14.810.917	14.101.844	481.988	-406.728
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	282.294	397.152	2.251	-2.782
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	129.470	1.190	579	-610
- Käufe	64.735	595	579	-
- Verkäufe	64.735	595	-	-610
Futures*	10.606	6.250	53	-53
Währungsrisiken insgesamt*	422.370	404.592	2.883	-3.445
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	72.286	184.630	1.714	-1.714
- Käufe	36.143	92.315	1.714	-
- Verkäufe	36.143	92.315	-	-1.714
Aktienoptionen*	5.032	32.714	866	-866
- Käufe	2.516	16.357	866	-
- Verkäufe	2.516	16.357	-	-866
Futures	68.852	75.481	767	-767
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt*	146.170	292.825	3.347	-3.347
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	30.000	30.000	26	-37
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	30.000	30.000	26	-37
Insgesamt	15.409.457	14.829.261	488.244	-413.557

* Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Aktien- und sonstigen Preisrisiken zu Währungsrisiken).

Fristengliederung

in TEUR	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate*	871.133	195.260	391.539	322.678	121.413	264.151	-	-
bis 1 Jahr	2.006.624	1.504.584	23.406	48.847	24.757	28.674	30.000	-
bis 5 Jahre	5.949.964	6.489.491	7.425	33.067	-	-	-	30.000
über 5 Jahre	5.983.196	5.912.509	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	14.810.917	14.101.844	422.370	404.592	146.170	292.825	30.000	30.000

* Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Aktien- und sonstigen Preisrisiken zu Währungsrisiken).

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Banken in der OECD	12.743.414	11.683.004	353.244	344.278	-404.959	-429.796
Öffentliche Stellen in der OECD	396.029	388.172	22.718	21.518	-1.282	-670
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	2.270.014	2.758.085	112.282	114.125	-7.316	-10.612
Insgesamt	15.409.457	14.829.261	488.244	479.921	-413.557	-441.078

¹⁾ einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.647 gezahlte und mit TEUR 6.320 erhaltene Optionsprämien.

(15) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in TEUR	31.12.2016	31.12.2015
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	20.362	13.874
Aktive latente Steuern	17.107	13.874
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	3.255	-

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(16) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren bei der Bank 560 Mitarbeiter beschäftigt, davon 89 bei der Landesbausparkasse sowie 8 bei der SaarLB France.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2016	2015
Beschäftigte insgesamt	560	552
darunter:		
Landesbausparkasse	89	85
davon männlich	38	38
davon weiblich	51	47
SaarLB France	8	9
davon männlich	7	8
davon weiblich	1	1
Männlich	288	290
Weiblich	272	262
Vollzeitbeschäftigte	413	403
Teilzeitbeschäftigte	128	126
Auszubildende	19	23

(17) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 1.920 (Vorjahr: TEUR 1.890), die des Verwaltungsrates TEUR 288 (Vorjahr: TEUR 261).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen per 31. Dezember 2016 TEUR 20.812. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 15.544 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betragen TEUR 1.583.

(18) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2016
Abschlussprüfungen	954
Andere Bestätigungsleistungen	25
Steuerberatungsleistungen	36
Sonstige Leistungen	543
Insgesamt	1.558

(19) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(20) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Pensionsgeschäfte bestanden wie im Vorjahr zum Bilanzstichtag nicht. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden Wertpapiere i. H. v. TEUR 71.000 nominal entliehen.

Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft

(21) WEITERGEFÜHRTER ALTBESTAND NACH § 51 PFANDBG

in TEUR	2016	2015
Hypothekengeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Hypothekendarlehen	-	-
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namenschuldverschreibungen	-	-
Deckungswerte	-	-
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Forderungen an Kunden	-	-
Deckungsüberhang	-	-
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	77.956	88.069
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namenschuldverschreibungen	77.956	88.069*
Deckungswerte	120.241	126.048
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	-
Forderungen an Kunden	117.241	126.048
Deckungsüberhang	42.285	37.979

* Der Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Inhaberschuldverschreibung zu Namensschuldverschreibung).

(22) NEUBESTAND

Nominal- und Barwertdeckung

Hypotheken- pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert +250 bp		Risikobarwert -250 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	391.500	450.000	398.253	460.548	379.795	441.138	398.733	462.970
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	584.766	752.995	620.637	799.350	574.301	734.668	622.383	810.553
Überdeckung	193.266	302.995	222.384	338.802	194.505	293.530	223.650	347.583
Überdeckung in %	49,37	67,33	55,84	73,56	51,21	66,54	56,09	75,08

Öffentliche Pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert +250 bp		Risikobarwert -250 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	1.540.900	1.197.535	1.672.316	1.316.351	1.402.072	1.136.594	1.774.124	1.416.273
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	2.103.941	1.642.236	2.342.414	1.835.696	1.966.558	1.557.884	2.474.871	1.969.465
Überdeckung	563.041	444.701	670.098	519.345	564.486	421.290	700.747	553.192
Überdeckung in %	36,54	37,13	40,07	39,45	40,26	37,07	39,50	39,06

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2016 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

in TEUR	Hypothekendarfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	65.000	30.929	108.500	164.276
>6 bis 12 Monate	152.000	69.339	51.000	48.953
>12 bis 18 Monate	25.000	98.316	46.600	54.613
>18 Monate bis 2 Jahre	10.000	50.522	25.000	111.265
>2 Jahre bis 3 Jahre	25.500	57.455	105.000	178.885
>3 Jahre bis 4 Jahre	59.000	90.047	127.000	127.973
>4 Jahre bis 5 Jahre	-	47.890	100.000	161.232
>5 Jahre bis 10 Jahre	55.000	140.269	455.000	661.985
>10 Jahre	-	-	522.800	594.758

31.12.2015:

in TEUR	Hypothekendarfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	80.000	34.501	77.635	124.416
>6 bis 12 Monate	10.500	85.011	75.000	61.161
>12 bis 18 Monate	65.000	31.913	156.000	67.702
>18 Monate bis 2 Jahre	165.000	103.060	1.000	38.292
>2 Jahre bis 3 Jahre	35.000	149.619	71.600	149.423
>3 Jahre bis 4 Jahre	25.500	68.092	80.000	91.896
>4 Jahre bis 5 Jahre	34.000	94.327	89.500	117.841
>5 Jahre bis 10 Jahre	35.000	186.473	278.500	572.822
>10 Jahre	-	-	368.300	418.682

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2016	2015	2016	2016-2015
x ≤ 300 TEUR	916	2.122	0,2	-56,8
300 TEUR < x ≤ 1 Mio. EUR	11.362	23.542	1,9	-51,7
1 Mio. EUR < x ≤ 10 Mio. EUR	280.534	343.777	48,0	-18,4
x > 10 Mio. EUR	216.454	300.554	37,0	-28,0
sichernde Überdeckung	75.500	83.000	12,9	-9,0
Gesamtsumme	584.766	752.995	100,0	-22,3

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Wohnungswirtschaftlich	26.511	29.575	0	0	26.511	29.574
Eigentumswohnungen	2.617	0	0	0	2.617	0
Mehrfamilienhäuser	23.894	29.575	0	0	23.894	29.574
Gewerblich	295.315	378.888	187.439	261.532	482.754	640.419
Bürogebäude	65.305	86.381	146.085	160.296	211.390	246.677
Handelsgebäude	173.938	229.804	21.503	75.075	195.441	304.878
Industriegebäude	0	2.712	0	0	0	2.712
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	56.072	59.991	19.851	26.161	75.923	86.152
Insgesamt	321.827	408.463	187.439	261.532	509.266	669.993

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Gesamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt, ist ebenfalls EUR 0,00.

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2016	2015	2016	2016-2015
1 Mio. EUR < x ≤ 10 Mio. EUR	560.011	336.811	26,6	66,3
10 Mio. EUR < x ≤ 100 Mio. EUR	1.027.089	754.194	48,8	36,2
x > 100 Mio. EUR	516.841	510.557	24,6	1,2
Gesamtsumme	2.103.941	1.601.562	100,0	31,4

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	1.628.564	1.309.435	475.377	292.128	2.103.941	1.601.563
Zentralstaat	0	-	18.734	19.103	18.734	19.103
regionale Gebietskörperschaft	292.639	309.952	0	-	292.639	309.952
örtliche Gebietskörperschaft	982.546	679.369	441.707	257.685	1.424.253	937.054
Sonstige	353.379	320.114	14.937	15.340	368.315	335.454

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Gesamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt, ist ebenfalls EUR 0,00.

Weitere Deckungswerte für Hypothekendarlehen nach § 19 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 PfandBG i. V. m. § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG sowie für öffentliche Pfandbriefe nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 PfandBG

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Ausgleichsforderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-	-	-	-	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-	-	-	-	-
Forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	75.500	83.000	-	-	75.500	83.000
Summe	75.500	83.000	-	-	75.500	83.000

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Ausgleichsforderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	-	41.000	-	-	-	41.000
davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-	-	-	-	-
Summe	-	41.000	-	-	-	41.000

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

Hypothekendarlehen		Q4 2016	Q4 2015
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	391.500	450.000
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	73,95	74,44
Deckungsmasse	TEUR	584.766	752.995
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 PfandBG Abs. 1 überschreiten (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 7)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs. 1 Nr. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs. 1 Nr. 3 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	71,32	62,82
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (verstrichene Laufzeit seit Kreditvergabe-Seasoning) § 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 11	Jahre	5,39	4,6
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 PfandBG Abs. 2 Nr. 3)	%	53,55	55,9

Öffentliche Pfandbriefe		Q4 2016	Q4 2015
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	1.540.900	1.197.535
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	89,62	82,46
Deckungsmasse	TEUR	2.103.941	1.642.236
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 PfandBG Abs. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	74,76	75,92
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypothesen	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	150

(23) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2016 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	25	100,00	./1,4	(2016)
2.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken*	25	100,00	31	(2015)
3.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken*	300	100,00	200	(2015)
4.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin	18	50,00	./ 0,4	(2015)
5.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	./ 6.959	47,01	226	(2015)
6.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	5.772	38,00	288	(2015)
7.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.440	33,33	271	(2015)
8.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	6.402	30,44	92	(2015)
9.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	8.414	28,57	296	(2015)
10.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	15.084	21,33	2.113	(2015)
11.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	64.465	19,34	866	(2016)
12.	Artelis S. A., Luxemburg	39.411	10,00	3.702	(2015)
13.	S-Partner Kapital AG, München	21.673	9,31	1.091	(2015)
14.	Bayern Mezzaninekapital GmbH & Co. KG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, München	32.866	8,33	2.692	(2015)

* Beteiligung der LBS

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1, 2 und 3 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftender Gesellschafter:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(24) VERWALTUNGSORGANE DER SAARLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes,
FC Bayern München AG,
München
Vorsitzender

Dr. Michael Braun

Bereichsleiter Konzernstrategie
und Konzernkommunikation,
Bayerische Landesbank,
München
(bis 31.12.2016)

Thomas Klein

Bankangestellter,
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Fred Metzken

Sprecher des Vorstandes,
AG der Dillinger Hüttenwerke
und Saarstahl AG,
Dillingen

Thomas Roß

Bankangestellter,
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Ralph Singer

Bankangestellter,
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Luzia Welter

Bankangestellte,
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Iris Jung

Ministerialrätin,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr,
Saarbrücken
(bis 17.01.2016)

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin,
Sparkassenverband Saar,
Saarbrücken
Stellvertretende Vorsitzende

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz,
Mainz
(ab 26.01.2017)

Klaus Meiser

Landtagspräsident des Saarlandes,
Saarbrücken

Anke Rehlinger

Ministerin,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr,
Saarbrücken

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin,
Landkreis Merzig-Wadern,
Merzig

Stephan Toscani

Minister,
Ministerium für Finanzen und Europa,
Saarbrücken

Dominik Becker

Regierungsrat,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr,
Saarbrücken
(ab 18.01.2016)

Die Angaben in Klammern beziehen sich ausschließlich auf die Tätigkeit im Verwaltungsrat der SaarLB.

Vorstand

Werner Severin

Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy

Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker

Mitglied des Vorstandes

(25) BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2016:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- die Wertpapier- und Immobilienspezialfonds (vgl. (5) Aktiva Investmentfonds),
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaftern, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahe Familienangehörige.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2016	2015
Forderungen	1.314	1.485
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	23	28
Personen in Schlüsselpositionen	718	947
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	573	510
Verbindlichkeiten	682	745
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	87	61
Personen in Schlüsselpositionen	162	267
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	433	417

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 123 (Vorjahr: TEUR 77) erhalten.

(26) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITERN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Werner Severin

Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 18.08.2016)

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 20. März 2017

Landesbank Saar

Der Vorstand

Werner Severin

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

Anlage zum Jahresabschluss

OFFENLEGUNG NACH § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centres d’Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
Geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz ¹⁾	300.923	372.869	4.290	4.248
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	492,9	486,8	6,8	6,8
Gewinn vor Steuern ¹⁾	13.455	35.180	415	399
Steuern auf Gewinn ¹⁾	3.203	15.215	163	160
Erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

¹⁾ in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Saar, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 23. März 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Verwaltungsrat und Risikoausschuss haben regelmäßig Berichte über die Entwicklung und die Geschäftslage der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorgänge entgegengenommen und diese mit dem Vorstand der Bank erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich mit den Abschlussprüfungen sowie den internen Kontrollverfahren der Bank befasst und mit dem Vorstand erörtert. In den Sitzungen des Verwaltungsrates wurde regelmäßig über die wesentlichen Inhalte der Sitzungen des Risikoausschusses, des Prüfungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses berichtet.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand wurden neben den regelmäßigen Berichten und der jährlichen Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie insbesondere die Maßnahmen und weitere Planung zum Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020, zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Abarbeitung der Feststellungen aus der IT-Sonderprüfung gemäß § 44 KWG begleitet.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss haben, soweit nach der Satzung vorgesehen, bei den Geschäften der Bank mitgewirkt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 21. April 2017 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2016 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2016 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 am 21. April 2017 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Saarbrücken, den 21. April 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von EUR 9.388.648,64 wird in Höhe von EUR 198.148,64 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.190.500,00 ausgeschüttet.

Abkürzungsverzeichnis

BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CIR	Cost Income Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
i. d. R.	in der Regel
i. V. m.	in Verbindung mit
i. H. v.	in Höhe von
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KWG	Kreditwesengesetz
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
RoE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SNB	Schweizerische Nationalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Impressum

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Kommunikation und Vorstandsstab E-Mail: service@saarlb.de
Gestaltung	FBO GmbH – Agentur für Marketing und Neue Medien Heinrich-Barth-Straße 27 66115 Saarbrücken
Fotos	www.bildtankstelle.de – Oliver Elm, iStockphoto
Druck	odd GmbH & Co. KG Print + Medien Otto-Meffert-Straße 5 55543 Bad Kreuznach





Der SaarLB-Finanzbericht 2016 online
www.saarlb.de/geschaeftsbericht2016

saar^{LB}

ADRESSE

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
66104 Saarbrücken
+49 681 383-01
+49 681 383-1200
www.saarlb.de
service@saarlb.de
SALADE55
590 500 00

POSTFACHADRESSE

FON

FAX

INTERNET

E-MAIL

BIC/SWIFT

BANKLEITZAHL

SaarLB France, Niederlassung der Landesbank Saar

ADRESSE

Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich
+33 3 88 37 58 70
+33 3 88 36 93 78
service@saarlb.fr

FON

FAX

E-MAIL

SaarLB France, Centre d'affaires Financement Immobilier

ADRESSE

203, rue du Faubourg
Saint Honoré
75008 Paris
Frankreich
+33 1 45 63 63 52
+33 1 45 63 71 22
service@saarlb.fr

FON

FAX

E-MAIL



ADRESSE

LBS Landesbausparkasse Saar
Beethovenstraße 35 – 39
66111 Saarbrücken
Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken
+49 681 383-290
+49 681 383-2100
www.lbs-saar.de
service@lbs-saar.de

POSTFACHADRESSE

FON

FAX

INTERNET

E-MAIL

SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Être proche
POUR VOIR PLUS LOIN

